



59. Sitzung

Mittwoch, 25. August 2010

Vorsitzende: Präsident Dr. Lutz Mohaupt, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Abwicklung, Ergänzung und
Änderung der **Tagesordnung**

3661

Antrag der Fraktionen der CDU und
GAL:

**Wahl eines Ersten
Bürgermeisters**
– Drs 19/7060 –

3661

Ergebnis

3661

Antrag des Ersten Bürgermeisters:

**Bestätigung der vom Ersten
Bürgermeister berufenen Zwei-
ten Bürgermeisterin sowie der
übrigen Senatorinnen und Se-
natoren**
– Drs 19/7070 –

3663

Ergebnis

3663

**Vereidigung von Mitgliedern des
Senats**

3663

Schreiben des Ersten Bürgermei-
sters:

**Vorläufige Geschäftsverteilung
des Senats**

3664

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl einer oder eines Deputier-
ten der Behörde für Inneres**

– Drs 19/6927 –

3664

und

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl eines stellvertretenden
Mitglieds des Kongresses der
Gemeinden und Regionen
Europas (KGRE)**

– Drs 19/6966 –

3664

Ergebnisse

3670, 3670

Große Anfrage der Fraktionen der
CDU und GAL:

**Bestandsanalyse zu einem
Jahr StadtRAD Hamburg**

– Drs 19/6733 –

3665

Klaus-Peter Hesse CDU

3665

Martina Koeppen SPD

3666

Martina Gregersen GAL

3667

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

3668

Anja Hajduk, Senatorin

3668

Beschluss	3670	Jens Kerstan GAL	3685
		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	3687

Antrag der Fraktion der SPD:

**Entschlossen in Hamburgs
Hochschulen investieren**

– Drs 19/6962 –

3670

dazu

Beschluss

3688

Antrag der Fraktionen der CDU und
GAL:

**Entschlossen in Hamburgs
Hochschulen investieren**

– Drs 19/7062 –

3670

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	3670, 3676
Wolfgang Beuß CDU	3671
Dr. Eva Gümbel GAL	3673, 3677
Dora Heyenn DIE LINKE	3674, 3677
Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU	3676

Beschlüsse 3678

Antrag der Fraktion der GAL:

**Jugendliche besser vor Gefah-
ren des Glücksspiels schützen**

– Drs 19/6670 –

3678

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Bessere Ausstattung für die
Sucht- und Drogenarbeit,
Schwerpunkt Glücksspiel**

– Drs 19/7059 –

3678

Linda Heitmann GAL	3678
Olaf Böttger CDU	3680
Dr. Martin Schäfer SPD	3681
Kersten Artus DIE LINKE	3682

Beschlüsse 3683

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Auf Ankündigungen müssen
Taten folgen – Anhebung der
Spitzensteuersätze und der
Reichensteuer**

– Drs 19/6971 –

3683

Dora Heyenn DIE LINKE	3683
Thies Goldberg CDU	3684
Dr. Peter Tschentscher SPD	3685

Beginn: 15.00 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich auf Folgendes hinweisen: In der heutigen Sitzung werden selbstverständlich Filmaufnahmen gemacht, auch solche, die nicht von der aktuellen Berichterstattung her bestimmt sind. Das beauftragte Team wird sich entgegen der sonst für Reporter, Fotografen und Journalisten gültigen Regelungen im gesamten Plenarsaal und im Bereich der Logen und Tribünen bewegen dürfen. Ich bitte Sie um Verständnis dafür.

Meine Damen und Herren! Mit Schreiben vom 18. Juli 2010 hat mir der Erste Bürgermeister, Herr Ole von Beust, mitgeteilt, dass er mit Wirkung zum 25. August 2010 als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg zurücktritt. Die Fraktionen sind zwischenzeitlich übereingekommen, die Wahl eines neuen Ersten Bürgermeisters als Tagesordnungspunkt 01 auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Ein entsprechender Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion ist Ihnen heute als Drucksache 19/7060 zugegangen.

Als Tagesordnungspunkt 02 erfolgt dann anschließend nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung die Bestätigung der vom Ersten Bürgermeister berufenen Zweiten Bürgermeisterin sowie der übrigen Senatorinnen und Senatoren, sofern die erste Wahl zum Ziel führt.

Des Weiteren haben die Fraktionen vereinbart, die Tagesordnung um zwei weitere Punkte zu ergänzen. Es handelt sich dabei um den Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 19/7000 sowie den Antrag von GAL- und CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/7066. Die Drucksachen haben Sie inzwischen erhalten; sie wurden als Tagesordnungspunkte 65a und 93 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats sind die Fraktionen übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 2, die Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts, zu vertagen. Darüber hinaus haben die Fraktionen weitere Vertagungen vereinbart. Es handelt sich dabei um die Tagesordnungspunkte 13, 14 und 16, die Großen Anfragen aus den Drucksachen 19/6495, 19/6496 und 19/6606. Zudem werden die Tagesordnungspunkte 37 und 38, zwei Berichte des Schulausschusses aus den Drucksachen 19/6525 und 19/6658, vertagt sowie die Tagesordnungspunkte 82 und 90, die Anträge aus den Drucksachen 19/6947 und 19/6969.

Kurz vor Sitzungsbeginn haben die Fraktionen im Ältestenrat Einvernehmen über die Redezeit des fraktionslosen Abgeordneten Bülent Ciftlik herge-

stellt. Bei den Debatten stehen ihm vereinbarungsgemäß fünf Minuten Redezeit pro Sitzungstag zu.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 01 auf, Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Wahl eines Ersten Bürgermeisters.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Wahl eines Ersten
Bürgermeisters
– Drs 19/7060 –]**

Vorgeschlagen ist Herr Christoph Ahlhaus. Da das Senatsgesetz in seinem Paragraphen 2 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Herr Hakverdi abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort den Stimmzettel entgegenzunehmen. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Kabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Der Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Ich bitte, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich zu Herrn Hakverdi, bei dem die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Zettel in die Wahlurne. Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Damit ist die Stimmabgabe beendet. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen und bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 15.16 Uhr

Wiederbeginn: 15.26 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt. Es wurden 121 Stimmen abgegeben, von diesen waren 70 Ja-Stimmen.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei der GAL)

Es gab 50 Nein-Stimmen und eine Enthaltung; alle Stimmen waren gültig.

(Wolfgang Beuß CDU: Der Laden steht!)

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

Nach Artikel 34 Absatz 1 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg ist für die Wahl des Ersten Bürgermeisters die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft erforderlich, also mindestens 61 Ja-Stimmen. Herr Ahlhaus hat 70 Stimmen erhalten und ist damit zum Ersten Bürgermeister gewählt worden.

Herr Ahlhaus, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl.

Ich bitte Sie nun, vor die Präsidiumsbank in unsere Mitte zu kommen.

Herr Ahlhaus, ich habe Sie zunächst zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Christoph Ahlhaus: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Dann kommen wir zu Ihrer Vereidigung.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor:

"Ich schwöre, dass ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will."

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

Christoph Ahlhaus: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Bürgermeister, Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet.

Ich wünsche Ihnen im Namen der Bürgerschaft eine glückliche Hand bei der Amtsführung und viel Erfolg im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Meine Damen und Herren! Vereinbarungsgemäß ist nunmehr die Sitzung bis zu einem akustischen Zeichen von mir unterbrochen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Unterbrechung: 15:30 Uhr

Wiederbeginn: 15:59 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Gemäß Artikel 37 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg führt der Senat bei Beendigung der Amtszeit des Ersten Bürgermeisters die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Ersten Bürgermeisters weiter. Die Wahl des neuen Ersten Bürgermeisters ist erfolgt und die Amtszeit des Senats damit beendet.

Mir ist soeben ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen. Darin teilt dieser mit, dass er gemäß Artikel 37 Absatz 1 Satz 2 der Verfassung Frau Bürgermeisterin Goetsch, Frau Senatorin Dr. Gundelach, Frau Senatorin Hajduk, Herrn Senator Wersich, Herrn Senator Dr. Steffen und Herrn Senator Frigge ersucht habe, bis zu ihrer erneuten Berufung und Bestätigung als Mitglieder des Senats die Geschäfte weiterzuführen.

Ausgeschieden aus dem Senat sind dessen ehemaliger Präsident Ole von Beust sowie Frau Professor Dr. Karin von Welck und Herr Axel Gedaschko. Mit Schreiben vom 18. August 2010 hat Herr Gedaschko mir mitgeteilt, dass er das während seiner Amtszeit ruhende Bürgerschaftsmandat mit Wirkung zum 25. August 2010 niederlege.

Im Namen der Bürgerschaft bedanke ich mich ausdrücklich bei den Mitgliedern des vorigen Senats für ihre geleistete Arbeit und insbesondere dem ehemaligen Präsidenten des Senats und Ersten Bürgermeister, Herrn Ole von Beust.

(Beifall bei der CDU und der GAL und vereinzelt bei der SPD und der LINKEN)

Sie haben in Ihrer Heimatstadt Hamburg in vielerlei Hinsicht als Politiker gewirkt. Im Jahr 1978 wurden Sie im Alter von 23 Jahren als damals jüngster Abgeordneter in unser Landesparlament gewählt. Von 1993 bis 2001 waren Sie zudem Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bürgerschaft. Im selben Jahr wurden Sie dann zum Ersten Bürgermeister gewählt und blieben bis zu Ihrem Rücktritt am heutigen Tage in diesem Amt. Die Freie und Hansestadt Hamburg blickt mit großem Dank und Respekt auf Ihr Wirken zurück.

Es ist mir etwas merkwürdig ums Herz, wenn ich das hier so zu Protokoll gebe. Deswegen verzeihen Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn ich ergänze: Bleib gesund, lieber Ole.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei Michael Neumann, Dr. Dorothee Stapelfeldt, beide SPD und Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu Punkt 02 der Tagesordnung, Antrag des Ersten Bürgermeisters: Bestätigung der vom Ersten Bürgermeister berufenen Zweiten Bürgermeisterin sowie der übrigen Senatorinnen und Senatoren.

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)**[Antrag des Ersten Bürgermeisters:
Bestätigung der vom Ersten Bürgermeister be-
rufenen Zweiten Bürgermeisterin sowie der üb-
rigen Senatorinnen und Senatoren
– Drs 19/7070 –]**

Hierzu ist mir ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen, dessen Inhalt Ihnen in Form der Drucksache 19/7070 bereits vorliegt. Es enthält die Namen der berufenen Senatorinnen und Senatoren.

Nach Paragraph 4 des Senatsgesetzes entscheidet die Bürgerschaft über die vom Ersten Bürgermeister beantragte Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Auch diese Abstimmung findet wieder in Wahlkabinen statt.

Wir verfahren wiederum so, dass Frau Thomas und Herr Hakverdi abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden.

Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und den Stimmzettel entgegenzunehmen. Mit dem Zettel gehen Sie bitte in eine der Kabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Auf dem Stimmzettel sind alle Namen der vom Ersten Bürgermeister Berufenen aufgeführt.

Artikel 34 Absatz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg schreibt eine gemeinsame Bestätigung durch die Bürgerschaft vor. Insofern enthält der Stimmzettel auch nur eine Zeile mit je einem Feld für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung.

Ich bitte, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Herrn Hakverdi und stecken Ihren Zettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Damit ist die Stimmabgabe beendet. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.16 Uhr

Wiederbeginn: 16.25 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abgegeben wurden 121 Stimmen. Davon waren 64 Ja-Stimmen, 56 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Für die Bestätigung ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Diese ist erreicht.

Ich bitte jetzt die Damen und Herren Senatorinnen und Senatoren, vor die Präsidiumsbank in unsere Mitte zu kommen.

Ich darf Sie bitten, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Ich komme nunmehr zur Vereidigung.

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor:

"Ich schwöre, dass ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will."

Ich bitte Sie nunmehr, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" einzeln nachzusprechen.

Frau Christa Goetsch.

Christa Goetsch: Ich schwöre es.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Carsten Frigge.

Carsten Frigge: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Frau Dr. Herlind Gundelach.

Dr. Herlind Gundelach: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Frau Anja Hajduk.

Anja Hajduk: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Ian Karan.

Ian Karan: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Dr. Till Steffen.

Dr. Till Steffen: Ich schwöre es.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Reinhard Stuth.

Reinhard Stuth: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Heino Vahldieck.

Heino Vahldieck: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Dietrich Wersich.

Dietrich Wersich: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Sie alle haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen der Bürgerschaft wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und viel Erfolg im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Bitte nehmen Sie Platz.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, die Damen und Herren Senatoren im Senatsgestühl.

Mir ist soeben ein weiteres Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen.

Dieses hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit teile ich Ihnen mit, dass der neue Senat die anliegende vorläufige Geschäftsverteilung des Senats beschlossen hat."

Die Anlage hat folgenden Wortlaut:

"Vorläufige Geschäftsverteilung des Senats, Stand 25. August 2010

I. Senatsämter

Senatskanzlei
Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus

Personalamt
Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus

II. Fachbehörden

Justizbehörde
Senator Dr. Till Steffen

Behörde für Schule und Berufsbildung
Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Senatorin Dr. Herlind Gundelach

Behörde für Kultur, Sport und Medien
Senator Reinhard Stuth

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Senator Dietrich Wersich

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Senatorin Anja Hajduk

Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Senator Ian Karan

Behörde für Inneres
Senator Heino Vahldieck

Finanzbehörde
Senator Carsten Frigge."

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich darf Ihnen sagen, dass ich jetzt ein sehr angenehmes Gespräch mit einem Gast vor mir habe, den Sie vielleicht noch mit mir zusammen freundlich begrüßen wollen, den Landtagspräsidenten von Schleswig-Holstein, Herrn Torsten Geerds. Ich glaube, ich darf im Namen aller sagen: Herzlich willkommen als Gast in unserer Mitte, Herr Präsident.

(Beifall bei allen Fraktionen – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Routine hat uns wieder. Wir haben die Punkte 5 und 6 der heutigen Tagesordnung erreicht, die Drucksachen 19/6927 und 19/6966. Damit wir nicht aus der Übung kommen, sind es Wahlen: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres
– Drs 19/6927 –]**

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)
– Drs 19/6966 –]**

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können.

Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Ich bitte Sie jetzt, Ihre Wahlentscheidung vorzunehmen.

(Die Wahlhandlungen werden durchgeführt.)

Ich darf dann, wie immer, Frau Thomas und Herrn Hakverdi bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.

Wir kommen zu Punkt 18 der Tagesordnung, Drucksache 19/6733, Große Anfrage der CDU- und der GAL-Fraktion: Bestandsanalyse zu einem Jahr StadtRAD Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktionen der CDU und GAL:
Bestandsanalyse zu einem Jahr StadtRAD Hamburg
– Drs 19/6733 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Hesse, bitte.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein schwarz-grünes Projekt feiert Geburtstag. Ein Jahr StadtRAD feiern wir in diesen Tagen in Hamburg. Das, was wir eben erlebt haben, bewegt uns alle sehr, die Stimmung ist gut und man fühlt sich tatsächlich wie auf einer gelungenen Geburtstagsparty.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, freut es mich, dass wir hier so positive Nachrichten verkünden können. Bisher haben 62 342 Kundinnen und Kunden, davon 27,1 Prozent mit HVV-Abo-Karte, an mittlerweile 71 Stationen 1094 Fahrräder bei insgesamt 710 131 Ausleihvorgängen benutzt. Jedes der StadtRAD-Fahrräder wurde durchschnittlich 2,2-mal pro Tag ausgeliehen. Spitzenreiter bei den Ausleihvorgängen ist die Station Universität/Schlüterstraße mit 13 722 Ausleihvorgängen vor der Station Schulterblatt mit 8 064 Ausleihvorgängen. 20 410 registrierte Kunden – das sind bemerkenswerte 29 Prozent – haben ihren Wohnsitz au-

ßerhalb Hamburgs und zeigen, dass auch Pendler StadtRAD nutzen. Das ist eine beeindruckende Bilanz nach einem Jahr. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, StadtRAD!

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Gesundheitsfördernd, umweltfreundlich, flexibel und günstig, so sollte StadtRAD sein und so ist StadtRAD auch. So sieht aus Sicht der CDU und der Grünen auch Mobilität der Zukunft aus.

Die Stationen mit ihren roten Fahrrädern sind längst Bestandteil des Stadtbildes geworden und diejenigen – ich gebe zu, dass auch bei uns in der Fraktion einige dazugehörten –, die befürchteten, sie könnten sich nicht in das Stadtbild einpassen, sind mittlerweile verstummt und finden es wunderbar, dass wir diese Stationen haben. Nicht nur das, aus den Bezirken, sei es nun Bergedorf, Harburg, Eimsbüttel, Nord oder Wandsbek, bekommen wir laufend Anfragen: Wann kommt StadtRAD auch zu uns, wann bekommen wir unsere Stationen? Das zeigt, dass mittlerweile die gesamte Stadt für dieses schwarz-grüne Projekt ist und daran möglichst auch partizipieren möchte. Insofern ist dies ein gelungenes Projekt, das in der gesamten Stadt angekommen ist.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

StadtRAD ist eine optimale Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr. Längst hat der HVV erkannt, dass er auf StadtRAD aufmerksam machen und die mögliche Verknüpfung von Fahrten mit Bussen, Bahnen und den StadtRAD-Rädern darstellen sollte. Deshalb war es nicht überraschend, dass die Deutsche Bahn sich in diesem Verfahren durchgesetzt und gesagt hat, sie wolle StadtRAD in Hamburg gemeinsam mit der Stadt einführen und dieses Projekt zum Erfolg bringen. Diejenigen, die sich damals gefragt haben, ob die Deutsche Bahn der richtige Partner ist, sind verstummt. Wir müssen heute sagen, dass die Deutsche Bahn das wirklich klasse gemacht hat. Sie hat StadtRAD genau so konzipiert, wie wir es uns im Stadtentwicklungsausschuss immer vorgestellt haben. Nach einem Jahr ein herzlicher Dank an die Deutsche Bahn als Partner von StadtRAD.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Eine Rede wäre in diesen Tagen schlecht, wenn sie nicht auch auf das Thema Finanzierung eingehen würde. Natürlich kostet StadtRAD Geld und natürlich müssen wir Politiker, insbesondere in der Bürgerschaft, immer auch überlegen, ob uns ein Projekt dieses Geld wert ist. In Bezug auf StadtRAD haben wir von vornherein gesagt, dass der Steuerzahler nicht belastet werden soll. Wir haben, als wir gemeinsam mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, damals noch unter Senator Gedaschko, über Stadtmöblierung und StadtRAD gesprochen haben, vereinbart, dass StadtRAD aus den Erträgen der Stadtmöblierung, die die Stadt

(Klaus-Peter Hesse)

durch Werbeeinnahmen generiert, finanziert werden soll. Der Steuerzahler wird durch StadtRAD nicht dauerhaft belastet. Wir haben damals klipp und klar gesagt, dass wir StadtRAD haben wollen und die Finanzierung aus Werbung erfolgen wird. Daher sei denen, die sich manchmal fragen mögen, ob die Werbung, die sie in der einen oder anderen Ecke sehen, sein muss, deutlich gesagt, dass wir dafür heute ein Projekt wie StadtRAD haben, für das der Steuerzahler nicht zur Kasse gebeten wird. Das ist eine wirklich intelligente Finanzierung. Finanzierungsmodelle dieser Art sind Finanzierungsmodelle der Zukunft. Mein herzlicher Dank an Axel Gedaschko und Anja Hajduk, dass sie mit der Finanzierung und Umsetzung dieses Projekts etwas Tolles auf die Beine gestellt haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich habe mit Freuden – das kommt nicht häufig vor – die Pressemitteilung der LINKEN gelesen, denn in ihr sagt auch die LINKE, dass sie StadtRAD als ein gelungenes, erfolgreiches Projekt von Schwarz-Grün ansieht. Sie werden das vielleicht gleich noch einmal hier am Rednerpult bestätigen, Herr Dr. Bischoff. Das einzige, was ich in Ihrer Pressemitteilung nicht nachvollziehen kann, ist – abgesehen von Ihrer Kritik, unser Projekt sei noch nicht ausreichend ausgebaut – Ihr Wunsch, dass StadtRAD kostenfrei angeboten werden solle. Das ist wieder so eine linke Philosophie. Aus unserer Erfahrung heraus sage ich Ihnen ganz klar: Was nichts kostet, Herr Dr. Bischoff, das ist auch nichts wert.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Viele Leute, die dann StadtRAD dauerhaft nutzen würden, würden dies sicherlich nicht mit dem Respekt und dem Engagement tun, wie sie es eigentlich müssten und wie sie es jetzt auch tun.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Abschließend zur Preisgestaltung: Wir haben mit einer halben Stunde freie Fahrt einen guten Weg gefunden. In dieser halben Stunde können Pendler, die sich mit den Stationen auskennen, StadtRAD sehr kostengünstig oder kostenfrei nutzen.

StadtRAD ist ein tolles Projekt, das von der BSU sehr schnell umgesetzt wurde und viele Zweifler überzeugt hat. Einige Kleinigkeiten gibt es zu verbessern, aber auch das werden wir tun. Ich freue mich auf die nächsten Jahre StadtRAD: Ein tolles Projekt, eine tolle Werbung für Hamburg. Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag, StadtRAD!

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Koeppen.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits im Jahr 2005 forderte die SPD in einem Antrag die Einführung eines Fahrradmietsystems zur WM, wie es damals schon in anderen großen Städten vorhanden war. Erst vier Jahre später erfolgte die Umsetzung. Auf den ersten Blick sehen die abgefragten Zahlen sehr gut aus. StadtRAD ist ein Erfolg und die benötigten Nutzerzahlen wurden fast erreicht.

Auf den zweiten Blick sehen die Zahlen aber schon ganz anders aus, heißt es doch in der ursprünglichen Drucksache:

"Ausleihen von mehr als zwei Stunden (Ausflugstouren etc.) müssen auch aus wettbewerbsrechtlichen Gründen tariflich unattraktiv sein, um traditionelle Fahrradverleihbetriebe vor öffentlich finanzierter Konkurrenz zu schützen."

Fakt ist, dass fast 77 000 Nutzer das StadtRAD länger als eine Stunde ausgeliehen haben. Auch der Tarif für eine Tagesausleihe ist mit 12 Euro nicht gerade unattraktiv. Der traditionelle Fahrradverleih nimmt in Hamburg durchschnittlich 11 Euro pro Tag und ist nicht flächendeckend in der City vorhanden. So ist auch die Mietdauer an den Wochenenden am längsten und in einer Kundenbefragung gaben 55 Prozent der Befragten an, sie würden das StadtRAD überwiegend in ihrer Freizeit nutzen. An dieser Stelle muss auf jeden Fall noch eine Nachbesserung erfolgen. Das StadtRAD darf – so wie in der ursprünglichen Drucksache gefordert – nicht in Konkurrenz zu den traditionellen Betrieben stehen.

Spannend wird es, wenn man sich die abgefragten Nutzerzahlen ansieht. In der Antwort auf Frage 7 wird in der Drucksache von insgesamt rund 710 000 Nutzern gesprochen, in der Antwort auf Frage 8 ergeben die einzelnen Summen in der Addition 717 000 Fahrten.

Auch die Frage nach der Nutzungsdauer ist nicht ganz nachvollziehbar. 42 Prozent der Fahrten endeten laut Drucksache innerhalb von 15 Minuten, 78 Prozent innerhalb von 30 Minuten und 89 Prozent innerhalb einer Stunde. Dazu kommen noch die Fahrten von über einer Stunde Dauer, insgesamt 10,7 Prozent aller Fahrten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind addiert 220 Prozent. Der Senat hat die Fahrten von unter einer Stunde einfach addiert, um die Zahlen den Anforderungen aus der Drucksache anzupassen.

(Jörn Frommann CDU: Was hat man Ihnen denn da aufgeschrieben? – Hartmut Engels CDU: Wann haben Sie denn Mathematik gelernt?)

Das ist wieder einmal eine kreative Buchführung. Tatsächlich haben nur 36,1 Prozent das StadtRAD

(Martina Koeppen)

innerhalb der ersten 30 Minuten genutzt und nicht 78,3 Prozent.

(Hartmut Engels CDU: Ich erkläre Ihnen das nachher noch einmal!)

Warum das alles? Uns allen ist klar, dass diese Zahlen für die Berechnung der Wirtschaftlichkeit des Systems wichtig sind. In der ersten Stufe sollten jährlich 750 000 Fahrten erreicht und damit die Kosten von 1,36 Euro pro Fahrt eingehalten werden. Beide Vorgaben wurden nicht erreicht: Die Kosten pro Ausleihvorgang betrugen 2,11 Euro. Durch den extremen Winter und die nicht geräumten Radwege konnte die benötigte Anzahl von Fahrten in der ersten Realisierungsstufe nicht erreicht werden. Mit der Realisierung der zweiten Stufe, mit 40 weiteren Stationen und 500 zusätzlichen Fahrrädern, werden sich diese Kennziffern sicherlich verbessern. Daher unsere Bitte: Lassen Sie uns im Stadtentwicklungsausschuss noch einmal über die Fakten und die tatsächlichen Zahlen sprechen und natürlich auch über den Ausbau der zweiten Realisierungsstufe, die 2011 beginnen soll. Das StadtRAD ist auf dem besten Weg, ein großer Erfolg zu werden und braucht keine kreative Buchführung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Gregersen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Jetzt kommt die kreative Gregersen!)

Martina Gregersen GAL:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das StadtRAD ist nicht erst auf dem Weg, ein voller Erfolg zu werden, Frau Kollegin Koeppen, das StadtRAD ist ein voller Erfolg nach dem ersten Jahr.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Freudiger hätte dieser Geburtstag gar nicht ausfallen können. Wenn man sich die Bilanz anguckt, toppt das StadtRAD deutschlandweit seinesgleichen. Mit 62 000 eingetragenen Kunden sind die für das erste Jahr erwarteten Kundenzahlen weit übertroffen worden. Wir sind vorsichtig optimistisch von 25 000 Kunden im ersten Jahr ausgegangen und liegen nun 150 Prozent über unseren damaligen Prognosen. 62 000 Kunden im ersten Jahr zeigen, dass das StadtRAD ankommt und das Konzept gut funktioniert. Die erste halbe Stunde gratis ist ein super Angebot, um das andere Städte uns beneiden. Es ist toll zu sehen, wie häufig das rote Rad unterwegs ist. Ich freue mich sehr darüber und habe das Gefühl, dass es nach einem Jahr schon zum Stadtbild der inneren Stadt gehört. Wir haben jetzt in Hamburg – von der Hudtwalckerstraße im Norden, der Veddel im Süden, Altona im Westen und der Burgstraße im Osten – 71 Leihsta-

tionen mit knapp 1600 Abstellmöglichkeiten und zurzeit 1100 Rädern.

Die Beliebtheit von StadtRAD lässt sich aber nicht nur anhand der registrierten Kunden messen, sondern auch an der Zahl der tatsächlichen Ausleihvorgänge. Übers Jahr gerechnet – und auch mit einem langen, harten Winter und ungeräumten Radwegen, Frau Koeppen – waren es pro Rad und Tag 2,2 Ausleihvorgänge. Im Juni aber wurde jedes Fahrrad im Schnitt schon 3,9-mal ausgeliehen und die Tendenz ist steigend. Das ist alles sehr erfreulich. Ist man erst einmal registriert, was persönlich, telefonisch, aber auch am Terminal erfolgen kann, ist das Leihrad ohne große Planung auch spontan nutzbar.

Bahn und StadtRAD lassen sich im innerstädtischen Bereich gut kombinieren. Dadurch bekommt der Radverkehr eine höhere Akzeptanz. Es besteht die Möglichkeit, kürzere Strecken mit dem Rad zurückzulegen, für längere Strecken auf eine Kombination mit der Bahn zurückzugreifen und vielleicht öfter einmal auf das Auto zu verzichten.

Auch das Stationssystem hat sich bewährt. So mussten im ersten Jahr nur vier Fahrräder abgeschrieben werden. Überhaupt wurde erfreulicherweise nur bei einem Prozent der Fahrten ein Defekt gemeldet. Die modernen Terminals – da war ich zunächst ein wenig skeptisch – sind doch nicht so kompliziert, wie anfangs befürchtet. Es hat sich gezeigt, dass alle Altersgruppen in der Lage sind, sie zu benutzen. Aber natürlich können die Fahrräder auch telefonisch ausgeliehen werden.

Trotz der positiven Entwicklung und des Erfolgs von StadtRAD Hamburg zu seinem ersten Geburtstag gibt es natürlich noch einiges, was verbessert werden kann. Die zweite, schon angesprochene Ausbaustufe mit weiteren rund 30 Stationen und 500 zusätzlichen Rädern wird das Gebiet noch einmal erweitern und mehr Menschen das Rad vor die Haustür bringen. Mit ihr wird das System weiter in die Bezirke hineinreichen, zum Beispiel nach Wandsbek oder Barmbek, nach Eimsbüttel in die Osterstraße oder in den Stadtpark.

Vor einigen Wochen haben wir weiteres Entwicklungspotenzial in der Bürgerschaft beschlossen. Wir möchten, dass auf Bahnhöfen besser auf die Leihstationen hingewiesen wird und diese auch in HVV- und Stadtpläne aufgenommen werden. Außerdem möchten wir, dass in den Schnellbahnen auf die nächsten Haltestellen aufmerksam gemacht wird. Natürlich müssen wir darüber hinaus auch an der Fahrradinfrastruktur arbeiten, aber dabei sind wir auf einem guten Weg; wir fangen mit den ersten 12 Kilometern Radstreifen an. Von daher denke ich, dass der nächste Geburtstag noch sehr viel erfolgreicher sein wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt überhaupt keinen Zweifel, dass dieses Fahrradleihsystem ein Erfolg ist. Das habe ich auch in der Presseerklärung gesagt. Anfangs war ich skeptisch, ob es einschlagen würde, aber jetzt muss man unumwunden zugestehen, dass das System gut ist.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Man muss das Ganze natürlich ...

(Klaus-Peter Hesse CDU: Nehmen Sie den Applaus einfach mit, Herr Dr. Bischoff!)

Frau Gregersen hat angekündigt – und da haben Sie unsere volle Unterstützung –, dass Sie daran arbeiten werden, das Ganze noch perfekter zu machen. Alles Gute kann noch verbessert werden; insoweit sind wir uns einig.

Nun hat Herr Hesse ausgeführt, StadtRAD sei kostenfrei. Dazu würde ich ganz gern die Abrechnung sehen, denn wir debattieren – neben dem Geburtstagsjubiläum, den Sie angestimmt haben – eine Große Anfrage, in der genau die Fragen, die den betriebswirtschaftlichen Aspekt beleuchten, nicht beantwortet sind. Zu den Fragen 11, 12 und 13 erklärt der Senat nämlich:

"Hierzu liegen der zuständigen Behörde keine Erkenntnisse vor, da die DB Rent GmbH keine entsprechenden Angaben gemacht hat."

Es ist immer ein bisschen schlecht, in Jubel ausubrechen, wenn die spannenden Zahlen nicht zugänglich sind.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Für den Steuerzahler ist doch entscheidend, was hier bei uns hängenbleibt, Herr Dr. Bischoff!)

– Ich sage ja nur, dass die Daten auf den Tisch müssten, um ein ausgewogenes Urteil fällen zu können. Um diesen Punkt geht es erst einmal.

Einen weiteren Punkt hat Frau Gregersen angedeutet. Sie haben das Fahrradleihsystem nicht als alleinstehendes Projekt betrieben, sondern in der Drucksache hieß es damals:

"Dadurch wird der Stellenwert des Fahrrades im Verkehrssystem insgesamt gestärkt. Das Fahrradleihsystem kann somit als 'Türöffner' für eine bessere Akzeptanz des Fahrrades als Verkehrsmittel dienen."

Ich will das gar nicht in Abrede stellen, ich will nur daran erinnern, dass wir noch einmal genauer prüfen müssen, ob das der Türöffner ist. Sie haben es eben selber gesagt: Wenn das Verkehrssystem in Hamburg wirklich qualitativ um das Fahrrad bereichert werden soll, dann brauchen wir noch ein paar

Infrastrukturmaßnahmen, also nicht nur die komplizierten, teuren Fahrradwege, sondern die Streifen auf den Straßen und eine Reihe von Verbesserungen im Ampelsystem. Das ist kostengünstig zu haben. Wir haben jetzt ein Fahrradleihsystem, aber bei dem Rest der Infrastruktur muss noch einiges gemacht werden; darin waren wir uns im Stadtentwicklungsausschuss einig.

(Beifall bei der LINKEN)

In dem Zusammenhang kann ich Sie nur ermutigen, auf diesem Weg weiter fortzuschreiten.

Wenn man die Kosten insgesamt bilanziert, Herr Hesse, dann hätte ich schon ein Interesse daran, dass wir das im Stadtentwicklungsausschuss genauer diskutieren. Die Summe, die damals in der Drucksache stand, 1,5 Millionen Euro per anno, ist in der Größenordnung ja in Ordnung. Und wenn Sie jetzt meinetwegen diese 13 Millionen dazurechnen, die Sie für die Infrastruktur vorgesehen haben, dann ist das bezogen auf das, was Sie im Gesamtverkehrssystem in diesen zweieinhalb Jahren gemacht haben, eine relativ kleine Summe. Das ist ein vernünftiger Ansatz.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist ein Superansatz im Vergleich zu anderen Städten!)

– Meinetwegen auch ein Superansatz, Herr Hesse.

Das setze ich beispielsweise in Bezug zum Projekt U4 oder dem Ausbau von Autobahnen in Hamburg. Und dann müssen Sie das daran messen, dass die Grundphilosophie ist, im Hamburger Verkehrssystem eine ganze Reihe von Verbesserungen mit geringem Ressourceneinsatz machen zu können. Diesen Weg sollten wir weiter gehen, auch aus der Logik heraus, dass wir nicht viel Geld haben. Das bedeutet nicht, dass alles so bleiben muss und wir uns einzuschränken haben, sondern dass man es verbessern kann. Wenn wir künftig auf solche fragwürdigen Großprojekte verzichten und das Geld eher in den Bereich Ausbau der Busanschlüsse, Takte, Qualität und so weiter investieren, dann wird Hamburg vom Verkehrsangebot her vielleicht wirklich einmal die Spitzenposition haben, die Sie jetzt schon ausrufen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Andreas Dressel SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist jetzt schon viel davon gesprochen worden, dass das StadtRAD in seiner Einführungsphase wirklich eine Erfolgsgeschichte ist, aber – ich habe das herausgehört und empfinde es auch so – das verpflichtet uns auch, daran weiterzuarbeiten.

(Senatorin Anja Hajduk)

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es soll ja nicht nur in der Einführung eine Erfolgsgeschichte sein, sondern auch auf Dauer eine bleiben. Insofern nehmen wir die Aufforderung ernst, immer wieder zu schauen, wie man die Weiterentwicklung dieses Systems hinbekommen kann.

Wenn man nach einem Jahr mehr als eine halbe Million Fahrten und über 60 000 registrierte Kunden hat, natürlich mit einer Delle in dem diesmal sehr langen Winter, aber wieder mit einem deutlichen Anstieg der Neuregistrierungen, dann zeigt das, dass es auch in diesem Sommer wieder neue Begeisterung dafür gegeben hat und das ist gut. Das ermutigt uns natürlich auch, nicht nur diese erste Aufbauphase jetzt zu vollenden, sondern auch ganz konzentriert die nächste Ausbauphase vorzubereiten.

Vorher weiß man nie so genau, ob die Systementscheidung, wie wir sie gestaltet haben, erfolgreich sein wird oder nicht. Die Dichte des Netzes und auch der Punkt Umsteigen zwischen ÖPNV und Fahrrad, diese beiden nicht als konkurrierende, sondern als sich ergänzende Verkehrsmittel zu begreifen, ist etwas, was so gut funktioniert hat, dass sich gerade auch vor diesem Hintergrund Nachahmer auf den Weg machen, um genau diesen Effekt in anderen Städten zu erzeugen. Damit können wir zufrieden sein und es ist gut, dass wir das heute einmal gemeinsam feststellen, auch wenn dieses Haus sonst für die politische Kontroverse prädestiniert ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Beachtlich ist, dass das StadtRAD Hamburg im Start so erfolgreich ist, denn wenn Sie die anderen Fahrradleihsysteme der DB Rent nehmen und die Zahlen der Städte Berlin, München, Köln, Frankfurt und Stuttgart addieren, bleiben die immer noch unter den Entleihungszahlen von Hamburg. Es ist sehr eindrucksvoll, sich das einmal vor Augen zu führen.

Aufgrund Ihrer Anfrage, Herr Hesse, konnten wir herausarbeiten, dass man in der Tat den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DB Rent danken muss. Ich richte den Dank auch gerne an die Mitarbeiter meines Hauses, weil es nicht die Senatorin ist, die so etwas dann konkret umsetzt. Wenn man in nur 15 Monaten die Konzeption, die Mitteleinwerbung und vor allen Dingen nicht nur die Ausschreibung, sondern auch die Vorabstimmung dieser ganzen Standorte leisten muss, dann ist das nicht sehr lange. Von daher war es ehrgeizig, das so gezielt voranzutreiben, und es hat sich mit Blick auf die Akzeptanz ausdrücklich gelohnt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben einige Verdichtungen im Stationsgebiet noch nicht machen können, weil an geplanten Standorten noch andere Baumaßnahmen stattge-

funden haben. Wir haben deswegen andere Stationen schon realisiert, werden jetzt aber auch eine Ausdehnung in den Westen nach Ottensen, nach Norden in den Stadtpark, nach Nordosten, nach Barmbek, auch nach Osten bis Wandsbek-Markt und in den Süden bis nach Wilhelmsburg vornehmen. Wenn wir an Bergedorf und Harburg denken – und ich kenne deren Wünsche –, dann müssen wir ehrlich sein und sagen, dass wir das durch die geografische Lage betriebswirtschaftlich nicht als nächsten Schritt schaffen. Wir sollten es aber für die Jahre 2012 folgende in den Blick nehmen.

Allerdings habe ich, was Fahrradstationen angeht, vor, nicht nur den Bezirk Bergedorf, sondern insbesondere auch den Bezirk Harburg in den Blick zu nehmen und will versuchen, diese beiden Bezirke prioritär zu behandeln, weil das Fahrrad natürlich auch in diesen Bezirken ein wichtiges Fortbewegungsmittel ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zur Rolle des Fahrradleihsystems für unsere Fahrradstrategie können wir heute in der Tat sagen, dass es nicht nur ein in Zahlen messbarer Erfolg ist, sondern dass die Akzeptanz dieses Systems stärker ist, als wir vielleicht vorher erhofft haben, und das ist auch eine Erleichterung für die Fahrradpolitik in dieser Stadt. Bei Verkehrspolitik haben Sie es immer mit einer Abwägung zu tun, die verschiedenen Verkehrsteilnehmer und -arten auf der Fahrbahn miteinander in einen guten Ausgleich zu bringen. Wenn dann ein System durch die Nachfrage der Menschen so viel Aufmerksamkeit erfährt, ist das selbstverständlich auch eine Stärkung für die Politik, die dem Fahrradfahren zugutekommt. Das haben wir eher unterschätzt, aber ich bin überzeugt davon, dass uns das in unseren Abwägungen hilft.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass Fahrradpolitik natürlich einen größeren Umfang hat und es auch noch viele Dinge zu tun gibt. Ich weiß, dass die Erwartungen höher sind als das, was wir bisher schon schaffen konnten. Die Zielrichtung stimmt, den Anteil des Fahrradfahrens bis zur Mitte dieser Dekade zu verdoppeln. Das ist auch eine hohe Verpflichtung für den Ausbau geeigneter Radwege und es ist richtig, dass wir uns in einer Stadt wie Hamburg, wo das gar nicht so leicht und schnell umsetzbar ist, auf die konkrete Umsetzung konzentrieren und Radfahrstreifen und Schutzstreifen einführen, um auch hier einen Akzeptanzeffekt zu schaffen.

Ich würde mich freuen, wenn ich trotz der immer wieder – gerade, was die Verkehrspolitik angeht – sehr kontroversen Diskussionen in dieser Strategie, das Fahrradfahren attraktiv zu machen, eine große Unterstützung aus diesem Haus erfahren dürfte. Das ist sehr wichtig, denn Fahrradfahren ist nicht nur gut für das Klima in der Stadt, ist nicht nur schnell, sondern auch gesund. In diesem Sinne

(Senatorin Anja Hajduk)

lassen Sie uns alle etwas für unsere Gesundheit tun. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL und der CDU und bei Karin Timmermann SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Anstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/6733 an den Stadtentwicklungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Bevor wir zum Punkt 86 der Tagesordnung kommen, bin ich Ihnen noch zwei Ergebnisse schuldig, nämlich einmal das Wahlergebnis der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres.

Es sind abgegeben worden 120 Stimmen. Davon Ja-Stimmen 92, Nein-Stimmen 18, Enthaltungen 10, ungültige Stimmzettel gab es keine. Damit ist Dirk Marx als Deputierter der Behörde für Inneres gewählt.

Wir kommen zum Wahlergebnis eines stellvertretenden Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas. Abgegeben worden sind 118 Stimmzettel, davon 81 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen, 13 Enthaltungen. Ungültige Stimmzettel gab es nicht und damit ist Frau Bettina Machaczek gewählt worden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wir kommen zu Punkt 86 der Tagesordnung, Drucksache 19/6962, dem Antrag der SPD-Fraktion: Entschlossen in Hamburgs Hochschulen investieren.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Entschlossen in Hamburgs Hochschulen investieren**

– Drs 19/6962 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/7062 ein gemeinsamer Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Entschlossen in Hamburgs Hochschulen investieren**

– Drs 19/7062 –]

Wird dazu das Wort gewünscht? – Frau Dr. Stapelfeldt, bitte.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt eine Aufbruchserwartung an den Hamburger Hochschulen, insbesondere an der Universität Hamburg. Die Frage, wie die bauliche Entwicklung be-

schieden wird, steht fast symbolisch für die Frage, welche Entwicklung die staatlichen Hochschulen in Hamburg nehmen. Wir haben in der Bürgerschaft keine unmittelbaren Gestaltungsmöglichkeiten wie die Exekutive, aber von uns kann und muss ein Signal ausgehen. Nach zwei Jahren heftiger, aber in der Sache für die Universität eben ergebnisloser Beratung müssen wir in der Bürgerschaft endlich zu einem kraftvollen Votum kommen. Und das kann nur heißen, dass Hamburg eine Wissenschaftsmetropole sein will mit zukunftsorientierten und leistungsfähigen Hochschulen. Das sind Hochschulen, die ihren gesellschaftlichen Auftrag ernst nehmen, ihre Studierenden bestens bilden und deren Talente und Fähigkeiten fördern. Hamburg soll alles in seinen Kräften Stehende tun, natürlich in die Hochschulen und die Universität investieren und ihnen eine klare Perspektive geben.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns heute dieses Signal setzen mit den Beschlüssen, die wir gleich treffen. Dies wäre dann ein Zeichen für einen sichtbaren und unumstößlichen Willen der Stadt, in die Universität und die anderen Hochschulen zu investieren, ein Zukunftssignal, wie der Präsident der Universität es in diesem Sommer mehrfach eingefordert hat. Um dies zu bewegen, haben wir als SPD-Fraktion zwei Anträge eingebracht, einen im September 2009, also vor einem guten Jahr, der seitdem im Wissenschaftsausschuss liegt, und einen aktuellen, der heute beraten wird. Unsere Forderungen lauten in beiden Anträgen, die Universität Hamburg am Standort auszubauen und weiterzuentwickeln, Neubauten und Modernisierungen zügig umzusetzen und diese verlässlich zu finanzieren. Das haben wir mit unserem Sofortprogramm vom Mai dieses Jahres noch einmal konkretisiert und auch anschaulich gemacht.

Wir haben in der Bürgerschaft keinen entsprechenden Beschluss, noch ist alles offen. Aber wie es scheint, werden die CDU- und die GAL-Fraktion mit ihrem Zusatzantrag zumindest für die bauliche Erweiterung der Universität am Standort Rotherbaum stimmen. Das ist spät, aber in der Sache unabweisbar und richtig. Wir werden Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der GAL, allerdings nicht zustimmen, denn er ist weder entschieden noch klar und lässt sogar die Entscheidung für ein Sondervermögen zu. Und es ist dem Antragstext anzusehen, wie schwer es ist, sich von den Vorgaben der Behörde loszueisen. Präzise werden Sie nicht. Die Chance, die Sie gehabt hätten, haben Sie vertan. Sie sind nicht gesprungen, das ist leider schade.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nach zwei Jahren vertaner Chancen brauchen wir in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode endlich klare Perspektiven für die Hamburger Hochschulen – keine Unklarheiten, keine Verzögerung

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

mehr, keine Halbherzigkeit. Wenn wir Hamburg als Stadt der Bildung ernst nehmen, brauchen wir dafür entsprechende Maßnahmen, von der frühkindlichen Bildung, die wir hier häufig diskutieren, bis hin zu den Hochschulen. Faktisch heißt das eben, dass wir nach einem klaren Bekenntnis eine entschiedene politische Handlungsorientierung brauchen und im besten Sinne natürlich auch noch – und das wäre wirklich gut – eine professionelle Umsetzung. Auch daran hapert es häufig.

Herr Bürgermeister – obwohl er nicht hier ist, spreche ich ihn trotzdem an –, von Ihnen verlangen wir nicht mehr und nicht weniger, als den Ankündigungen der Regierungserklärung vom Juni Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Senat hat die Verlagerung gestoppt, die Universität wird nicht mehr als Instrument der Stadtentwicklung benutzt und es kann endlich um sie selbst gehen. Die Koalitionsfraktionen haben heute Gelegenheit, alle Zweifel zu zerstreuen, indem sie unserem Antrag zustimmen. Dieser sieht in vier Punkten Maßnahmen vor, die Konsens sein sollten. Dazu zählen die zügige Bereitstellung von Ausweich- und Interimsmöglichkeiten, ein verlässlicher Entwicklungsplan für die nächsten zehn Jahre und auch ein verlässlicher Rahmen für dessen Finanzierung sowie der Verzicht auf die Einrichtung eines Sondervermögens. Das sind genau die Themen, die auch der Präsident der Universität eingefordert und in einer großen Tageszeitung im Juli noch einmal deutlich gemacht hat. Die Universität ist, wie alle Hamburger Hochschulen, auf ein zügiges und verlässliches politisches Handeln angewiesen. Dazu müssen natürlich in allererster Linie Gelder bereitgestellt werden, und schon in diesem Jahr, um Anmietungen für Ausweich- und Interimslösungen zu ermöglichen.

Es kann Ihnen eigentlich also gar nicht so schwer fallen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, diesem zuzustimmen, denn nur so kann gewährleistet werden, dass sich die anschließende Sanierung und die Neubauten in einem Zug schnell realisieren lassen. Und es geht nicht nur um Geld, der Senat muss auch an einer anderen Stelle über seinen Schatten springen. Seit Beginn der Diskussion vor über einem Jahr fordern wir ein, endlich die Verhandlungen über den Ankauf des alten Fernmeldeamtes in der Schlüterstraße wieder aufzunehmen und im letzten wie auch in diesem Jahr ist bestritten worden, dass das notwendig sei. Ich kann nur sagen, springen Sie über Ihren Schatten und tun Sie das, denn das ist nicht nur eine Ausweichlösung, sondern bietet auch langfristig wesentlichen Raum für die Universität.

Natürlich muss es dann im nächsten Schritt um die Erneuerung und Umgestaltung des naturwissenschaftlichen Campus gehen, insbesondere um das Geomatikum. Das Beispiel des Klima-Cluster zeigt,

dass die unsinnige Verlagerungsdebatte längst auch zu einer Belastung für die inhaltliche wissenschaftliche Weiterentwicklung der Universität geworden ist. Die GAL hat in ihrem Leitantrag zur aktuellen Situation, der gerade behandelt worden ist, dieses auch aufgegriffen. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie das so beschlossen haben, aber wenn, dann ist es absolut richtig erkannt, dass da etwas zu geschehen hat.

Es müssen also schnellstens alle organisatorischen Voraussetzungen in der Wissenschaftsbehörde, in der Universität und im Bezirk geschaffen werden. Wir haben das nötige Planrecht für die Erweiterung und die Menschen im Stadtteil unterstützen den Erhalt der Universität in Eimsbüttel. Damit dies so bleibt, müssen sie auch bei den Planungen mitgenommen und es müssen Beteiligungsverfahren initiiert werden.

Ich habe großes Vertrauen in die Zusammenarbeit von Universität und Bezirk und glaube sehr wohl, dass es möglich wäre, zu einer guten Lösung zu kommen, wenn auch der Senat diese Aktivitäten und eine stadtteilintegrierte und -verträgliche Lösung nach Kräften unterstützen würde.

Und natürlich muss die Finanzierung verlässlich sein. Ich will das noch einmal wiederholen: Mit einem Sondervermögen, das Sie in der Koalition nicht ausschließen, würde lediglich ein weiterer Schattenhaushalt geschaffen. Diese Gefahr haben auch die Präsidenten der Hamburger Hochschulen erkannt und die Einrichtung eines Sondervermögens folgerichtig abgelehnt. Ein Neuanfang könnte auch darin bestehen, sich nicht, wie so häufig geschehen, gegen die Hochschulen zu stellen.

Mit Ihrer Zustimmung zu unserem Antrag wäre ein klares Bekenntnis zur Universität verbunden und wir könnten dann in der Frage der baulichen Entwicklung gemeinsam nach vorne schauen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, wir müssen nicht Ihren Antrag unterstützen, um unsere Ziele im Hinblick auf die Universität in Eimsbüttel konkret werden zu lassen.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Doch, das müssen Sie!)

Ich verkenne nicht, dass hinter uns ein langer und teilweise auch quälender Diskussions- und Prüfungsprozess zur Zukunft der Universität liegt. Oft war ich selbst darüber auch nicht glücklich, aber jetzt sind wir endlich in die Zielgerade eingebogen und das ist gut so.

(Wolfgang Beuß)

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Die Frage ist nur, wo die Strecke liegt!)

Die Hafenumzugspläne – Herr Egloff, das wird Sie vielleicht auch freuen – sind vom Tisch, die Uni bleibt im Herzen der Stadt, in Eimsbüttel.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Jörn Frommann CDU: Jawoll!)

Sicherlich müssen mehrere Hundert Millionen Euro in die Hand genommen werden, um die langfristige Perspektive von Lehre und Forschung in Eimsbüttel weiter realistisch werden zu lassen. Die Uni-Modernisierung wird ein Schwerpunktthema dieser Koalition und der sie tragenden Fraktionen in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werden. Mit unserer Ausschusssitzung am 1. September, Frau Stapelfeldt, werden wir einen ersten konkreten Punkt setzen, indem wir uns vom Bezirksamt die Pläne erläutern lassen werden, um die Universität an alter Stelle im Herzen Eimsbüttels zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen.

Auf dieser Grundlage werden dann weitere Planungen erfolgen mit dem Ziel eines – ich nenne es einmal so – Masterplans Universität 2020, denn das scheint mir ein realistischer Zeitraum zu sein, in dem wir die größten Baustellen an dieser Stelle umsetzen können. Erforderlich dafür ist – Sie haben das eben in Teilen auch schon angesprochen – eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen der Wissenschaftsbehörde auf der einen Seite, den Regierungsfractionen sowieso, aber auch dem Bezirk Eimsbüttel und der Universität selbst.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Und dem Parlament!)

Frau Stapelfeldt, ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen, den Sie ebenfalls angesprochen haben. Wir müssen auch Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Ich denke an die Beunruhigung und die Initiative, die es damals im Univiertel gegen dieses Glas-Hochhaus gegeben hat, das dort gebaut werden sollte, und die sich auch erfolgreich durchgesetzt hat. An dieser Stelle erkenne ich nicht, dass wir vor Ort ganz sensibel mit den Anwohnern umgehen müssen, was die Neubaupläne angeht. Die Bürgerinnen und Bürger und die Einzelhändler, die Tausende von Unterschriften zum Erhalt des Standorts gesammelt haben, müssen jetzt auch mitgenommen werden, damit an ihrem Standort, den sie erhalten wollten, auch ganz konkret die Pläne umgesetzt werden können. Dies erfordert ein partnerschaftliches Umgehen miteinander und wir als Fraktionen aller Parteien müssen auch dafür sorgen, dass es zu diesem Prozess kommt.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Was redet er da?)

– Dann hören Sie doch einmal zu, Frau Heyenn.

Jetzt ist es erforderlich, die entsprechenden Grundlagen zu schaffen, um zwischen Bürgern, Einzelhandel und der Universität eine vernünftige Zusammenarbeit zu organisieren. Frau Stapelfeldt, Sie haben es schon angesprochen, mir persönlich ist es auch eine große Herzensangelegenheit, entweder eine Anmietung oder aber den Erwerb des Postgebäudes in der Schlüterstraße hinzubekommen.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Ja, endlich!)

Dies ist dringend notwendig und ein ganz zentraler Schluss, um die konkreten Umzugs- und Modernisierungspläne im Bereich der Universität und in Eimsbüttel zu realisieren. Es muss uns gelingen, mit dem Postgebäude in der Schlüterstraße jetzt Nägel mit Köpfen zu machen. Das ist allen bisherigen Vorgängersensaten nicht gelungen, weder der SPD noch Frau Sager damals bei den Grünen.

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

Von uns ist dieser Punkt jetzt realistisch angegangen worden, Herr Dressel, weil wir uns in der Zielgeraden befinden und sagen, wie können wir das konkret in Eimsbüttel leisten. Wir brauchen dieses Gebäude dringend als notwendige Reserve und Ausweichfläche für die Umbauten, die vor Ort dann Stück für Stück realisiert werden. Gleichzeitig ist auch zu betonen, dass wir dieses tolle Gebäude nutzen können, ohne rein äußerlich große Umbauten an dieser Stelle vorzunehmen; es muss eben im Inneren umgebaut werden. Nebenbei gesagt, hat es eine repräsentative Fassade und würde sehr gut den Altbau mit den Flügelbauten ergänzen als ein weiteres optisches Markenzeichen unserer Universität in Eimsbüttel.

Mit dem vorliegenden Zusatzantrag von CDU und GAL wollen wir drei Prioritäten setzen.

Erstens: Wir wollen zügig eine Weiterentwicklung und Modernisierung der Universität vorantreiben.

Zweitens: Die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftsbehörde, Universität und Bezirk muss wirklich so geschmeidig organisiert werden, damit es nicht zu unnötigen Reibungsverlusten kommt.

Drittens: Wir müssen noch einmal sehr genau überprüfen – Frau Stapelfeldt, das ist der Casus knacksus Ihres Antrages –, wie wir geeignete Finanzierungssysteme entwickeln, um die Sanierung und Modernisierung der Universität vor Ort zu realisieren.

Es wird sicherlich verschiedene Optionen geben, die geprüft werden müssen, um dann endgültig zu entscheiden, wie wir es machen werden. Für uns kommt eben Solidität vor Schnellschüssen und deshalb lehnen wir Ihren Antrag in der vorgesehenen Form ab.

(Wolfgang Beuß)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend sagen, dass es ein Novum ist, dass die Universität seit mehreren Jahren Gott sei Dank endlich im Fokus des öffentlichen Interesses steht. Diese historische Chance sollten wir jetzt zum Aufbruch eines neuen Campus in Eimsbüttel nutzen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der schwarz-grüne Senat hat den Zustand der Universität und ihre Entwicklung schon sehr früh zum zentralen Thema seines Regierungshandelns gemacht. Ich finde das richtig und bin mir da mit meiner Fraktion eins.

(Michael Neumann SPD: Das überrascht aber auch nicht!)

Im April 2009 wurde das Gutachten zur baulichen Entwicklung der Universität vorgelegt. Dem folgten Debatten, Ausschusssitzungen, öffentliche Anhörungen und Podiumsdiskussionen und die Stadt hat sich intensiv mit ihrer Universität befasst.

(Wilfried Buss SPD: Ach was!)

Es wundert nicht, dass ich diese Debatte insgesamt, aber auch ihre Länge, anders beurteile als die Opposition. Ich fand das richtig und wichtig und werde das gleich auch noch einmal detailliert begründen. Aber um die Debatte richtig beurteilen zu können, muss man auch im Blick haben, dass sich während des Debattenverlaufs die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen doch sehr verändert haben. Um eines noch einmal ins Gedächtnis zu rufen: Wir haben vor der Finanzkrise, also vor der Lehmann-Pleite, angefangen, darüber zu sprechen.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Die Studie war eindeutig vor Lehman!)

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Entscheidung des Bürgermeisters in seiner Regierungserklärung. Er hat da den Umzug auf den Kleinen Grasbrook für wünschenswert, aber für nicht machbar erklärt. Wir Grüne haben auf unserem Landesparteitag schon im November in eine ähnliche Richtung entschieden. Insofern können wir mit dieser Entscheidung sehr gut leben, wobei für mich und meine Fraktion aber nicht das fiskalische Argument, sondern die Positionierung der Universität ausschlaggebend ist.

Auch wir haben abgewogen und überlegt,

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

ob es nicht gut sein könnte, diese uneingeschränkten Planungsmöglichkeiten an dem neuen Standort zu nutzen, sind dann aber zu der Überzeugung gelangt, dass der Fortbestand in Eimsbüttel wichtig und wünschenswert ist. Das möchte ich auch noch einmal ganz deutlich der Opposition sagen, die sagt, wir hätten Zeit vertan.

(Arno Münster SPD: Vergeudet habt Ihr sie!)

Wenn man sich einmal vor Augen führt, wie die Debatte gelaufen ist, dann war es doch so, dass die Debatte von Präsidentin Auweter-Kurtz ausgelöst worden ist, die in Kenntnis des STEP gesagt hat, dass wir jetzt bauliche Veränderungen machen müssten. Begründet hat sie das mit der inhaltlichen Veränderung der Universität, die aber, und das war die Schwierigkeit schon zum Start der Debatte, weder den Abgeordneten zugänglich war – zu dem Zeitpunkt unterlag es der STEP – und auch der Stadt nicht zu vermitteln war, weil dies nämlich geheim war. Das war der Start der Debatte. Dann ging es weiter, Sie erinnern sich, auch darüber ist die Präsidentin der Universität gestürzt.

(Arno Münster SPD: Ihr habt sie abgesägt!)

Die Universität war also über eine ganz lange Zeit führungslos und konnte überhaupt kein Votum in dieser Frage abgeben, was über das Einzelvotum einzelner betroffener Gruppen hinausgegangen war.

Insofern war es notwendig, auf ein Votum der Universität zu warten. Das lag, das wissen Sie alle, vor der Sommerpause vor. Es gab einen einstimmigen Beschluss des Akademischen Senats, der sich ganz klar positioniert und gesagt hat, dass er in Eimsbüttel bleiben wolle. Sowohl der neu gewählte Präsident der Universität, Herr Professor Lenzen, als auch die anderen Präsidiumsmitglieder haben sich das sehr zu eigen gemacht, sodass wir ein völlig geschlossenes Bild haben. Und deshalb ist es klar, dass man in dieser Frage selbstverständlich der Universität folgt.

Ich möchte jetzt noch einmal etwas zu diesen beiden Anträgen sagen. Es herrscht grundsätzlich Einvernehmen darüber, dass wir am Standort in den kommenden Jahren einen hohen dreistelligen Millionenbetrag investieren wollen. Es herrscht auch Einigkeit darüber, dass die benötigten Flächen nur in Zusammenarbeit mit dem Bezirk rasch nutzbar gemacht werden können. Ich erinnere daran, dass sich der Bezirk an diesem Punkt stark eingebracht und mitgeteilt hat, das sei für ihn kein Problem. Ich möchte den Bezirk noch einmal öffentlich an sein Wort erinnern und hoffe, dass es dann auch wirklich so kommt.

Ich wünsche mir auch und habe in dieser Hinsicht Vertrauen in den Bezirk, dass er alle seine Möglichkeiten nutzen wird, auch die Bürgerinnen und Bürger dazu zu bewegen, gemeinsam mit dem Senat an einem Strang zu ziehen.

(Dr. Eva Gümbel)

Strittig ist jetzt nur noch die Art und Weise, wie die Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Da geht es um die Frage, ob das Geld direkt aus dem Haushalt eingestellt oder ein Sondervermögen gegründet wird, wie das für die Schulen gemacht worden ist. Wir sind dafür, diese Frage noch einmal zu prüfen; der Kollege Beuß hat das eben ausgeführt. Wir wissen, dass sich die Hochschulen dazu sehr eindeutig positioniert haben, und es ist klar, dass dieses Votum in unsere Entscheidung einfließen wird. Aber das muss erst noch abgewartet werden.

Abschließend möchte ich betonen, dass es mich wirklich sehr freut, dass wir hier einen Schritt weiterkommen. Ich fand den Verlauf der Debatte, auch ihre Länge, richtig und wichtig und ich freue mich, um ein Wort des Präsidenten Lenzen zu zitieren, sehr darauf, bald die Bagger in Eimsbüttel zu sehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie freut sich auch auf die Bagger!)

Dora Heyenn DIE LINKE:* – Ja, ich freue mich auch auf die Bagger, das stimmt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Gümbel, Sie haben eben darauf hingewiesen, dass die schwarz-grüne Koalition schon sehr früh die bauliche Situation der Universität in den Mittelpunkt gestellt hat. Das stimmt, die Frage ist nur, wie.

Ich möchte daran erinnern, dass die alte und neue Wissenschaftssenatorin am 5. Juni 2008 gegenüber der Presse erklärt hat:

"Es reicht nicht mehr, an der maroden Uni ständig Löcher zu stopfen."

Damals träumte sie noch von einer Komplettverlagerung auf den Kleinen Grasbrook. Keiner weiß, ob sie noch immer davon träumt. Im Wissenschaftsausschuss hat sie jedenfalls bis heute nicht eindeutig erklärt, dass sie nachhaltig gegen die Verlagerung ist. Das ist aus meiner Sicht ein Unding.

(Beifall bei der LINKEN)

Trotz mehrmaliger Nachfragen war die Senatorin dazu nicht in der Lage.

Sie plädierte damals dafür, Unigebäude mit Hörsälen ohne Tageslicht abzureißen, allen voran den WiWi-Bunker im Bereich Wirtschaftswissenschaften. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion wurde diese Ansicht allerdings relativiert, weil von 47 Hörsälen der Universität 19 kein Ta-

geslicht haben; wenn man die alle abgerissen hätte, hätte das einen Kahlschlag bedeutet.

Ungefähr zwei Jahre später erklärte Frau Senatorin Gundelach gegenüber der gleichen Zeitung:

"Der Senat hat sich nachdrücklich zur Sanierung der Hochschulgebäude bekannt und dies zum Schwerpunktthema für die zweite Hälfte der Legislaturperiode gemacht."

Das hat auch Herr Beuß eben gesagt und ich möchte Sie einmal daran erinnern, dass wir uns bereits seit sechs Monaten in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode befinden. In der Universität und an den Hochschulen wurde bisher von diesem Schwerpunkt nichts bemerkt. Dort verharrt alles in einem Schwebezustand und vorherrschend ist der Blick in eine unsichere Zukunft. Die hat auch einen Namen, unter anderem drohen heute Sonderschulden, genannt wird das Sondervermögen Hochschulbau.

Der neue Unipräsident hat dazu deutlich Stellung genommen, wie es seine Art ist. Er hat gesagt, er werde sich bis zum letzten Blutstropfen gegen ein Sondervermögen Hochschulbau zur Wehr setzen, und die Gremien der Universität haben das unterstützt.

Dass wir das Votum gegen eine Verlagerung, und zwar auch gegen eine Teilverlagerung, von der Universität bekommen haben, war eine Sternstunde im Wissenschaftsausschuss, denn es hatten sich alle vier Fraktionen darauf geeinigt, den neuen Präsidenten per Brief um eine Stellungnahme der Universität zu bitten. Das haben wir im Grunde als Ausschuss gegen die Behörde durchgesetzt. Das war eine Sternstunde, Frau Gümbel, und das Ergebnis hat uns allen erheblich weitergeholfen.

Die Universität hat daraufhin ihr Votum gefasst und die Entscheidung des Ersten Bürgermeisters, Ole von Beust, sehr begrüßt, im Investitionsschwerpunkt die Universität in Eimsbüttel zu sanieren. Wir bedauern natürlich, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise als einziger Grund genannt wurde, denn wir finden, dass es eine ganze Reihe anderer Gründe gibt, die Universität in Eimsbüttel zu belassen.

Professor Dr. Dieter Lenzen forderte öffentlich aber auch konkrete Schritte nach dieser Ankündigung und erklärte, der Finanzbedarf betrage nach seiner vorsichtigen Schätzung bis zum Jahr 2018 etwa 600 bis 800 Millionen Euro, und zwar wohlgemerkt für den Ausbau und die Sanierung im jetzigen Bestand.

Am 16. Juni kündigte Ole von Beust als Senatschef in seiner Regierungserklärung an, dass ein erheblicher dreistelliger Millionenbetrag in die Baubsubstanz der Universität fließen werde. In einer Schriftlichen Kleinen Anfrage wollten wir zwei Monate später wissen, was der Senat seit der Regie-

(Dora Heyenn)

nungserklärung unternommen hat, um die Ankündigung umzusetzen, und welcher Betrag konkret – und Sie haben von konkret gesprochen – mit einem dreistelligen erheblichen Millionenbetrag in den nächsten Jahren gemeint ist. Die Antwort war, es liege noch keine Entscheidung vor. Das heißt, es wurde gar nichts unternommen.

Die Senatorin Gundelach erklärte am 9. August dieses Jahres, in den nächsten Jahren würden mehrere Hundert Millionen Euro in die bauliche Entwicklung der Hamburger Hochschulen fließen. Auch sie hat keinen genauen Betrag genannt, aber es ist offenkundig kein erheblicher dreistelliger Millionenbetrag mehr gemeint.

Nun hat die schwarz-grüne Koalition heute mit der Drucksache 19/7062 eine Änderung zum vorliegenden SPD-Antrag "Entschlossen in Hamburgs Hochschulen investieren" vorgelegt. Darin wird noch einmal versucht, die unselige Diskussion im Ausschuss auf Grundlage einer Auftragsstudie, die 1 Million Euro gekostet hat, schönzureden. Es wird sogar darauf verwiesen, dass sie wichtige Entscheidungsgrundlagen für die weiteren Planungen geliefert habe. Es fragt sich nur, welche das sein sollen – entweder verrät der Senat uns das nicht oder es gibt keine.

Wir haben in unserer Schriftlichen Kleinen Anfrage genau das wissen wollen und gefragt:

"Hat die Wissenschaftsbehörde eine Prioritätenliste erarbeitet oder anhand der Studie von Ernst & Young vorbereitet, nach der die Mittel eingesetzt werden?"

Wir erhielten die Auskunft "Siehe Antwort zu 1." und dort stand, eine Entscheidung liege noch nicht vor. Also so großartig kann diese Studie dann auch nicht gewesen sein.

Die ersten beiden Punkte des heute vorgelegten Antrags von CDU und GAL sind ebenso selbstverständlich wie unverbindlich. Was ist denn damit gemeint, die bauliche Entwicklung der Universität zügig voranzutreiben?

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist doch meine Aussage!)

Was heißt denn das? Wird denn jetzt gar nichts gemacht? Was heißt vor allem "zügig"? Da wird mir bei dieser Regierung ganz mulmig. Ein Bericht über die Störfälle in den AKWs in Krümmel und Brunsbüttel, beschlossen von der Bürgerschaft am 2. September 2009, liegt noch nicht vor. Das war wahrscheinlich Ihrer Meinung nach auch zügig. Und das ist nur ein Beispiel für die schleppende Umsetzung von Beschlüssen und Ankündigungen durch den schwarz-grünen Senat.

Sie wollen auch noch einmal beschlossen haben, dass einzelne Maßnahmen gemeinsam mit der Universität und dem Bezirk Eimsbüttel angegan-

gen werden. Das ist doch wohl selbstverständlich, das müssen wir doch nicht beschließen.

Im dritten Punkt geht es dann um das Eingemachte, um die sogenannten Finanzierungsmechanismen, wie Sie es nennen. Am 30. März erhielt die Bürgerschaft vom Senat eine Mitteilung über die Änderungen im Einzelplan 3.2. Zum 1. Mai 2010 wurde das Projekt Finanzierung und Organisation Hochschulbau eingesetzt, das in Anlehnung an das Sondervermögen Schule eine Neuorganisation für den Hochschulbau vorbereiten soll. Dafür wurden im Jahr 2010 insgesamt 755 000 Euro und für 2011 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300 000 Euro bereitgestellt, also insgesamt über 1 Million Euro.

In der Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage vom 20. August hat der Senat ausgeführt, dass der Auftrag dieses Projekts erweitert wurde. Gemeint sind damit wohl die drei Finanzierungsmodelle, die Ole von Beust in seiner Regierungserklärung vom 16. Juni erwähnt. Dort werden drei Möglichkeiten genannt, die Bausubstanz der Universität zu verbessern:

- "1. Eine Finanzierung über den Investitions-haushalt der Stadt.
2. Die Einrichtung eines sogenannten Sondervermögens.
3. Die Übertragung der Liegenschaften der Universität an die Universität."

(Wolfgang Beuß CDU: Ja, und das prüfen wir jetzt!)

– Ja, Sie prüfen und prüfen.

Ich wollte wissen, ob sich eine Klärung ergeben hat, welches Modell bevorzugt wird, und habe zwei Monate nach der Regierungserklärung schriftlich nachgefragt. Die Antwort war, eine Entscheidung liege noch nicht vor. Es war noch nicht einmal von Prüfung die Rede.

Mit ihrem Antrag, den Senat zu ersuchen, einen für die erforderliche rasche Umsetzung geeigneten Finanzierungsmechanismus sowie die daraus resultierenden Haushaltsbelastungen aufzuzeigen, hält sich die GAL/CDU formal zwar bedeckt, meint aber doch offenkundig die Einsetzung eines Sondervermögens Hochschulbau.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist Spökenkiererei!)

– Nein, das ist keine Spökenkiererei, das entspricht unserer Erfahrung mit Ihnen.

Mit Ihrem Antrag halten Sie sich nämlich alles offen, Sie machen nichts transparent und Sie sagen uns nicht, was Sie mit Ihrer gestalterischen Mehrheit tatsächlich vorhaben. Über Ihre konkreten Ziele ist dort nichts zu erfahren.

(Wolfgang Beuß CDU: Frau Heyenn, Sie sind zu hibbelig!)

(Dora Heyenn)

Es werden keine verbindlichen Termine genannt, in Bezug auf die Investitionen findet sich keine einzige Zahl in Ihrem Antrag und es wird über das Finanzierungsmodell, das Sie anstreben, keine Aussage gemacht. Sie halten die Abgeordneten der Opposition, die Hochschulen, den Bezirk Eimsbüttel und auch die Hamburgerinnen und Hamburger schlichtweg hin. Und das empfinde ich als Déjà-vu-Erlebnis, denn das erinnert an das Modell Hamburg Süd und das Sondervermögen Schulbau. Beschlossen wurde damals in der Bürgerschaft, dass eine Ausweitung auf weitere Schulen gegebenenfalls erst dann stattfinden würde, nachdem ein Zwischenbericht zum Modell Hamburg Süd vorliegt. Was passierte? Zweimal lag der Bericht nicht zum zugesagten Zeitpunkt vor. Wir erhielten ihn erst gleichzeitig mit dem Antrag, das Modell erheblich aufzustocken.

Deshalb glauben wir, dass Sie alles schon in trockenen Tüchern haben und Sie uns dies nur nicht sagen möchten. Wir werden dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen und begrüßen insbesondere den Punkt 2, von der Errichtung eines sogenannten Sondervermögens Hochschulbau Abstand zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Langhein.

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, Sie sprachen von einer ergebnislosen Debatte. Das stimmt nicht, wir haben ein Ergebnis. Der Standort ist Eimsbüttel und das ist auch gut so.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Das ist nicht das Ergebnis der Debatte!)

– Das ist das Ergebnis der Debatte gewesen.

Es ist in der Regierungserklärung dargelegt worden

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Nein, ist es nicht!)

und wir haben auch entsprechende Möglichkeiten aufgezeigt, wie wir das umsetzen wollen. Dazu hat auch der Bezirk einen Vorschlag gemacht und diesen gilt es zu beachten beziehungsweise zu diskutieren und den wollen wir uns vorher genau anschauen.

Frau Heyenn, Sie fordern ein zügiges Umsetzen

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Ja!)

und die SPD will sofort irgendwelche Räume anmieten. Da muss doch vorher ein Plan vorliegen, welche Bereiche und was genau man modernisieren möchte.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Das hätte schon lange passieren können!)

Es gibt Bereiche, die weiterhin in den Fokus zu rücken sind. Für mich sind die Bereiche Afrikanistik, Asienkunde, die Sprachen und insbesondere methodische Grundlagenfächer in der Sozial- und Rechtswissenschaft ganz wichtig und in den Vordergrund zu stellen. Dafür braucht man Räume und darauf muss man sich ausrichten.

Abschließend zur Finanzierung: Frau Stapelfeldt, in Rheinland-Pfalz hat die SPD das Thema Sondervermögen in den Fokus gerückt und hält dieses Verfahren für richtig. Hier in Hamburg vertreten Sie genau das Gegenteil. Für mich ist die Finanzierung eine offene Frage. Bürgermeister Ole von Beust hat hierzu in einer Regierungserklärung drei Möglichkeiten benannt. Diese drei Möglichkeiten gilt es zu diskutieren und möglicherweise gibt es auch noch eine vierte Möglichkeit, wie man die Finanzierung hinkommt.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Welche denn?)

Das kann im Rahmen einer Diskussion nochmals erörtert werden. In unserem Antrag haben wir den Senat aufgefordert, einen Vorschlag zu unterbreiten, und ich bin gespannt darauf, wie dieser Vorschlag aussehen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dora Heyenn *DIE LINKE*: Ich auch!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz antworten und auch auf die Punkte eingehen, die Frau Dr. Gümbel angesprochen hat. Ich glaube, dass Sie etwas komplett verwechseln, nämlich die Dauer und die Qualität der Beratung, die es über die bauliche Weiterentwicklung der Universität gegeben hat. Ich hätte zum Beispiel von einer in der Sache guten, qualitativ hochwertigen Diskussion sehr viel gehalten, aber sie hätte zügig verlaufen müssen, weil sämtliche Ausbauprojekte der Universität schon weitestgehend vorbereitet waren.

Sie wissen selbst, dass schon 1998 ein sogenannter Masterplan vorlag, der auch mit dem Bezirk abgestimmt war. Es war völlig klar, in welcher Abfolge und Prioritätensetzung die Baumaßnahmen und Sanierungen erfolgen müssten. Und wir wissen alle, dass bestimmte große Sanierungsvorhaben, wie zum Beispiel die Sanierung des Geomatikums, von Senator Dräger auf die lange Bank geschoben worden sind. Wir erinnern uns sehr deutlich daran, dass Sie im Zusammenhang mit der Diskussion um das Konjunkturprogramm die Sanierung des Philosophenturms verschoben haben. Und ich könnte Ihnen noch andere Beispiele nennen.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

(Beifall bei *Wilfried Buss SPD*)

Deswegen sage ich, es war verlorene Zeit, weil viele Maßnahmen schon weit vorbereitet waren und man sich darauf hätte beziehen können. Dazu gehört im Übrigen auch die Anmietung des Fernmeldeamtes. Auch die war schon lange vorbereitet und im Prinzip in trockenen Tüchern, kurz bevor der Vorgänger von Herrn Professor Lenzen im Amt des Universitätspräsidenten ging.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das war nie in trockenen Tüchern! Das stimmt nicht! Das ist Wunschdenken!)

– Immerhin, Herr Beuß, haben Sie inzwischen erkannt, dass dieses ganz besonders wichtig ist. Wir können uns gut daran erinnern, dass genau vor einem Jahr, als wir das Thema diskutierten und ich das Fernmeldeamt ansprach, insbesondere von Ihrer Senatorin ziemlich unmögliche Handbewegungen in unsere Richtung gemacht wurden, die deutlich machen sollten, dass wir damit nicht nur nicht ganz richtig lägen, sondern halbwegs einen Schuss hätten.

Das hat sich zum Glück geändert und das ist gut für die Universität. Es hat aber viel zu lange gedauert und das hatte ich gemeint. Diskursive Situationen und Diskussionen sind in Ordnung, aber sie müssen zielführend gestaltet und relativ zügig abgeschlossen werden.

Noch eine kleine Bemerkung an Sie, Herr Langhein. Sie hatten sich vorbereitet und es ist gut, dass Sie noch einmal dazu gesprochen haben. Nur eine Sache haben Sie komplett nicht begriffen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Entschuldigung, ich nehme diese Wortwahl zurück.

Eine Sache haben Sie nicht richtig verstanden, nämlich dass schon lange bekannt und relativ klar ist, sowohl für die Universität als auch für die Wissenschaftsbehörde, welche Ausweichquartiere jetzt zu suchen und anzumieten sind. Der Präsident der Universität hat in einem Interview vor einem Monat davon gesprochen, dass es notwendig sei, dieses bis zum 1. Januar 2011 umzusetzen. Das heißt also, es ist jetzt wirklich eine Frage professionellen Handelns in der Wissenschaftsbehörde, ob der Universität die notwendige Unterstützung geboten wird. Das hoffe ich wirklich. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Heyenn.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Sie haben doch schon alles gesagt!)

Dora Heyenn DIE LINKE:* Ich möchte noch einmal auf das eingehen, was Frau Gümbel zu Anfang gesagt hat, dass die hohe Priorität für den Zustand der Bauten an der Universität erkannt sei. In diesem Monat haben wir mit unserer Schriftlichen Kleinen Anfrage den Senat danach gefragt, welchen Handlungsbedarf er bezüglich der baulichen Entwicklung an der Universität und an den fünf Hochschulen sieht. Wir befinden uns seit zweieinhalb Jahren in dieser Legislaturperiode und es ist nicht neu, dass an den Bauten an der Universität und den Hochschulen etwas gemacht werden muss. Und da antwortet der Senat, es sei nichts entschieden.

Dann haben wir gefragt, wie sich die geplanten Investitionen – es war von einem erheblichen dreistelligen Millionenbetrag gesprochen worden und wenn man von einem Betrag in dieser Höhe ausgeht, dann hat man sich doch irgendetwas dabei gedacht – auf die Bereiche dringliche Reparaturen, Brandschutz, Einsturzgefahr, Sanierungen, Modernisierungen, Zubauten und Neubauten verteilen würden. Und was antwortet der Senat? Es sei noch nichts entschieden.

Das heißt für mich, dass dieser Senat zweieinhalb Jahre lang die Bauten an der Universität total vernachlässigt hat und jetzt anfangen muss, seine Hausaufgaben zu machen. Und das ist entschieden zu spät.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Liebe Kollegen, Herr Präsident! Weil ich zweimal angesprochen worden bin, möchte ich nur noch einmal ganz kurz einen Punkt ganz deutlich zurechtrücken. Es geht nicht nur darum, liebe Opposition, dass an der Universität ein bisschen was saniert werden musste,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Ein bisschen was?)

sondern es geht um eine ganz wesentliche Veränderung in der Betrachtung. Insofern, Frau Stapelfeldt, können Sie überhaupt nicht mit dem Konzept argumentieren, das 1998 auf den Tisch gelegt worden ist. Seit 1998 haben sich wesentliche Punkte verändert. Ich erinnere Sie an unsere ersten Debatten, da hatte die Opposition den vorgelegten Flächenbedarf total in Zweifel gezogen und für möglicherweise vorgeschoben gehalten.

(*Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD*: Genau!)

– Ja, und Sie sehen das heute noch so.

Sie haben überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, dass zum einen die Studienreform, der Bologna-Prozess, zu einer völligen Umstrukturierung

(Dr. Eva Gumbel)

an der Universität geführt hat und dass es zum anderen der Universität gelungen ist, in großem Umfang Drittmittel einzuwerben, was zu erhöhten Flächenbedarfen führt. Für die Abgeordneten, die mit der Universität nicht so vertraut sind: In der Wissenschaft sind Drittmittel öffentliche Mittel.

Natürlich muss die Frage geklärt werden, wo das realisiert werden kann. Bitte erinnern Sie sich daran, dass es lange Zeit in den einzelnen Fachbereichen der Universität sehr unterschiedlich bewertet wurde, wohin man denn wollte. Und erst, nachdem das einheitlich formuliert worden ist, kann man so eine Entscheidung treffen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/6962. Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer nun dem Antrag der CDU- und GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/7062 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen worden.

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zum Punkt 75 der Tagesordnung, der Drucksache 19/6670, dem Antrag der GAL-Fraktion: Jugendliche besser vor Gefahren des Glücksspiels schützen.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Jugendliche besser vor Gefahren des Glücksspiels schützen
– Drs 19/6670 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/7059 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Bessere Ausstattung für die Sucht- und Drogenarbeit, Schwerpunkt Glücksspiel
– Drs 19/7059 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das Wort hat Frau Heitmann, bitte.

Meine Damen und Herren! Darf ich bei dieser Gelegenheit einmal daran erinnern, dass wir uns darauf verständigt hatten, interne Gesprächszirkel nach draußen zu verlagern und nicht die Verhandlungen hier im Saal damit zu belasten. Herr Kreuzmann, darf ich Sie daran erinnern. Danke schön.

Frau Heitmann hat das Wort.

Linda Heitmann GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass das Thema Spielsucht in Hamburg zunehmend auf die politische Agenda kommt. Unser Antrag, den wir jetzt debattieren, ist nur einer von zwei Anträgen, die sich heute und morgen mit dem Thema Glücksspiel und Glücksspielsucht befassen. Auch am vergangenen Donnerstag haben wir im Gesundheitsausschuss die Selbstbefassung zum Thema Umgang von Jugendlichen mit Glücks- und Computerspielen abgeschlossen. Ich glaube, in diesem Thema steckt insgesamt noch sehr viel politische Musik und das zeigt sich auch langsam in unseren Beratungen.

In meinen Anträgen und Anfragen habe ich das Problem der Glücksspielsucht schon mehrfach erläutert. Die Glücksspielsucht ist eine der häufigsten nichtstofflichen Suchtformen in Deutschland. Die Schätzungen, wie viele Betroffene es gibt, gehen allerdings weit auseinander und schwanken zwischen 100 000 und 800 000 Betroffenen in der Bundesrepublik.

Aus dem Jahresbericht 2009 des Trägers Aktive Suchthilfe e.V. geht beispielsweise hervor, dass nach Cannabis mittlerweile das Glücksspiel die zweithäufigste Suchtform unter den von diesem Verein betreuten Klienten ist. Selbst unter den Klienten in der Jugendhilfeeinrichtung haben bereits 26 Prozent ein Glücksspielproblem und unter den erwachsenen Häftlingen, die der Verein betreut, sind es sogar 40 Prozent.

Wie bei vielen anderen Süchten sind die Folgen der Glücksspielsucht sehr bitter für die Betroffenen und ihre Angehörigen. Wir haben es mit Überschuldung zu tun, Verarmung, Abgleiten in die Kriminalität oder auch sozialer Isolation.

Wie bei anderen Suchtformen ist es auch bei diesem Thema ganz wichtig, ein besonderes Augenmerk auf den Jugendschutz zu legen, um ein Abgleiten in die Sucht und eine frühe Verfestigung zu verhindern. Je früher Prävention einsetzt, desto besser.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das Jugendschutzgesetz sieht für den Bereich des Glücksspiels bereits sinnvolle Beschränkungen vor, Glücksspiel um Geld ist erst ab 18 Jahren erlaubt. Und unser Antrag zielt nicht, das möchte ich noch einmal explizit betonen, auf neue, verschärfende Regelungen oder Gesetze, sondern er möchte darauf hinwirken, dass die bestehenden Regelungen in Zukunft besser eingehalten werden.

Probleme bei der Durchführung des Jugendschutzes gibt es momentan unter anderem, und da setzt der Antrag an, bei einzeln aufgestellten Glücksspielautomaten und beim Internetglücksspiel. Nach der SCHULBUS-Sondererhebung von 2009, die wir auch im Ausschuss diskutiert haben, gaben 9 Prozent der befragten Minderjährigen an, regel-

(Linda Heitmann)

mäßig an Glücksspielen um Geld teilzunehmen. Von den männlichen Befragten waren es sogar 17 Prozent, die mehrmals monatlich um Geld spielten. Dabei scheinen Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker gefährdet zu sein. In dieser Gruppe gab es circa 15 Prozent regelmäßige Spielerinnen und Spieler gegenüber 7 Prozent ohne Migrationshintergrund. Poker, Sportwetten und auch die Spielautomaten waren dabei besonders verbreitet.

Ich möchte zunächst auf den Punkt der Spielautomaten eingehen. Nach Paragraph 3 der Spielverordnung muss erst bei drei öffentlich zugänglichen Spielautomaten, wie sie häufig in Kneipen oder Restaurants zu finden sind, mit einer technischen Alterssicherung gearbeitet werden. Sind nur ein oder zwei Geräte vorhanden, liegt die Kontrolle, ob der Jugendschutz auch wirklich eingehalten wird, beim Betreiber der jeweiligen Lokalität.

Damit ist fraglich, ob diese Kontrolle immer und jederzeit effektiv gewährleistet ist. Es wäre ein einfacher, aber sehr effektiver Schritt, wenn wir durch die Annahme unseres Antrags darauf hinwirken würden, dass der Jugendschutz in Zukunft durch eine elektronische Alterssicherung an allen frei zugänglichen Spielautomaten problemloser gesichert werden kann.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Mit dieser Maßnahme wären keine Einschränkungen für Erwachsene verbunden und es entstünde kein überhöhter Kontrollaufwand.

Ich möchte auf die besondere Suchtgefahr bei Automaten hinweisen und in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Jahresbericht von Aktive Suchthilfe e.V. zurückkommen. Danach haben rund 80 Prozent der Klienten des Vereins mit Glücksspielsucht ein Problem mit Glücksspielautomaten.

Ich räume der Bundesratsinitiative, die ich anstoßen möchte und für deren Unterstützung ich werbe, gute Chancen ein, weil ich eigentlich außer den Ängsten der Automatenverbandslobby keine überzeugenden Argumente gegen eine Gleichstellung von Spiel- und Zigarettenautomaten sehe. Insgesamt beträfe die Umrüstung, die damit verbunden wäre, deutschlandweit 90 000 Spielautomaten in 60 000 Gaststätten. Diese Zahl zeigt, dass in jeder Gaststätte momentan im Schnitt 1,5 Automaten aufgestellt sind. Das zeigt auch, die derzeitige Regelung, dass erst ab dem dritten Gerät eine Sicherung notwendig ist, betrifft bisher vermutlich kaum eine Gaststätte. Fast alle Automaten in den Gaststätten sind momentan frei zugänglich und es hängt allein vom Betreiber ab zu kontrollieren, ob auch wirklich nur Volljährige daran spielen. Ich möchte den Gaststättenbetreibern nicht unterstellen, dass sie ihrer Aufsichtspflicht hier nicht nachkommen, aber eine verpflichtende Alterskontrolle durch diese elektronische Vorrichtung wäre

wirklich einfach umzusetzen und bietet deutlich höhere Sicherheit als allein die Aufsichtspflicht. Deshalb sollten wir diese Chance heute auch nutzen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Deutlich schwieriger durchzusetzen ist der Jugendschutz beim Thema Glücksspiel im Internet, weil sich hier vieles im privaten Raum abspielt und wenig kontrollierbar ist. Zudem gibt es sehr viele verschiedene Formen und Anbieter, die vielfach ihren Sitz im Ausland haben. Ich glaube trotzdem, dass wir auch im Internet, soweit es uns möglich ist, darauf hinwirken sollten, dass Kinder und Jugendliche die bestehenden Schutzbestimmungen nicht so einfach umgehen können. Problematisch sind hier, wie wir es auch von der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen e.V. im Ausschuss erfahren haben, besonders die sogenannten Paysafecards, mit denen Jugendliche auf einfache Weise bei Internetspoker und Ähnlichem bezahlen und dann um Geld spielen können. Jugendliche verspielen bei solchen Gelegenheiten relativ hohe Summen für ihr Alter, es war die Rede von durchschnittlich 50 Euro pro Monat.

Wir wollen mit unserem Antrag jetzt prüfen lassen, ob es in Zukunft Möglichkeiten gibt, die sogenannten Paysafecards in Karten für über 18-Jährige und Karten für unter 18-Jährige zu splitten und dann nur noch die Karten für über 18-Jährige nur an diese auszugeben. Die Karten für unter 18-Jährige sollen dagegen für Spiele im Internet gesperrt werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wenn das gelänge, würde auch mit diesem Schritt der Jugendschutz gestärkt, ohne dass Erwachsene irgendwelche Einschränkungen hätten. Es gibt sicher noch Klärungsbedarf, wie diese Idee technisch und rechtlich genau umgesetzt werden kann. Daher ist dieser Punkt ein Prüfauftrag, um die bestehenden Möglichkeiten auszuloten. Wir halten es aber dennoch für sehr notwendig, hier aktiv zu werden, um den Suchtgefahren im Netz wirksam entgegenzuwirken. Dies ist sicher nicht die umfassende Lösung, um die Benutzung von Glücksspielen im Internet durch Jugendliche letztlich zu verhindern, aber es ist ein möglicher Baustein, um einen besseren Jugendschutz künftig im Netz gewährleisten zu können.

Zum Schluss komme ich kurz auf den gestern noch eingegangenen Zusatzantrag der LINKEN, der sich auch mit dem Thema des jugendlichen Umgangs mit Glücks- und Computerspielen befasst. Wir werden heute diesen Antrag ablehnen, und zwar aus folgenden Gründen. Beim ersten Punkt ist mir unklar, was genau aktualisiert werden soll. Ich gehe davon aus, dass die Hamburgische Landesstelle für Suchtfragen e.V. auch jetzt ihre

(Linda Heitmann)

Materialien regelmäßig aktualisiert und anpasst. Letzte Woche haben Vertreter des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung im Ausschuss erläutert, dass es bereits jetzt viele Angebote für Schulen und Lehrer zum Thema Glücksspielprävention gibt. Die beinhalten auch die Zielgruppe der Berufsschüler. Wir haben gehört, dass die Nachfrage bisher insbesondere von den Gymnasien kommt; also muss man überlegen, wie man die Berufsschulen besser erreicht und ermuntert, die bestehenden Angebote in Anspruch zu nehmen. Aber es ist nicht nötig, Angebote neu zu gestalten oder ganz neue zu schaffen.

Ich komme zu einem anderen Punkt des Antrags: Zusätzliche Stellen zur Beratung von Glücksspielabhängigen scheinen aus der Luft gegriffen. Sie können keine validen Daten dazu vorlegen, wie die bestehenden Angebote bereits genutzt werden und wie hoch der Bedarf und die Nachfrage wirklich sind. Auf dieser wackeligen Grundlage zum jetzigen Zeitpunkt haushaltsrelevante Entscheidungen zu treffen und dabei nicht einmal eine Gegenfinanzierung vorzuschlagen, halte ich nicht nur für falsch, sondern für einen grob fahrlässigen Schnellschuss. Daher werden wir diesen Zusatzantrag ablehnen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ich habe bereits erläutert, dass bei dem Thema Glücksspiel und Glücksspielsucht noch viel politische Musik enthalten ist und es lässt sich sicherlich auch in Zukunft noch einiges bewegen. Ich würde mich freuen, wenn unser Antrag heute den Anfang macht und fraktionsübergreifend Zustimmung findet, damit wir die Möglichkeiten zur frühzeitigen Prävention wirklich gemeinsam und mit der ganzen Stärke dieses Parlaments angehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Böttger.

Olaf Böttger CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Debatten thema lautet: Jugendliche besser vor den Gefahren des Glücksspiels schützen. Diese Forderung passt genau zu unserem Leitbild, das wir schon in der vorletzten Legislaturperiode aufgestellt haben, nämlich die nach einer möglichst sucht- und drogenfreien Jugend und Kindheit in Hamburg.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ist das Ihr Leitbild oder das des Senats?)

– Das kommt Ihnen völlig neu vor, das habe ich mir gedacht.

Bevor ich in die Debatte einsteige, möchte ich für meine Person ganz klar eines feststellen: Ich bin

ein erklärter Gegner jeglicher Ausweitung des Glücksspielmarktes. Ich unterscheide nicht zwischen guten, staatlich konzessionierten, und bösen illegalen Glücksspielangeboten. Mir liegt allein das Schicksal der Kinder und Jugendlichen sowie der Spieler und deren Familien am Herzen.

(Gerhard Lein SPD: Das ist aber eine Einzelmeinung in der CDU!)

Wir beobachten speziell in den letzten vier Jahren eine massive Expansion des Marktes der Spielhallen und der Geldspielgeräte. Die Anzahl der Spielautomaten ist gewaltig gestiegen. Wir beobachten erhebliche Konzentrationsprozesse auf dem Spielhallenmarkt. Die Kasseninhalte pro Geldspielautomat weisen mittlerweile zweistellige Steigerungsraten auf. Ein Ansteigen der Spielsucht geht leider damit einher. Diese Sucht hat bekanntlich – Linda Heitmann sagte es eben schon – gravierende Folgen im persönlichen, familiären und beruflichen Umfeld. Männliche Personen sind häufiger spielsüchtig, Kinder und Jugendliche sind besonders gefährdet. In Deutschland gibt es derzeit 100 000 Betroffene mit einer steigenden Tendenz.

Was sind die Ursachen für diesen, aus meiner Sicht negativen Trend? Am 1. Januar 2006 wurde die Spielverordnung novelliert. Die Mindestspieldauer wurde seinerzeit reduziert von zwölf auf fünf Sekunden. Der maximale Stundenverlust wurde von 60 Euro auf 80 Euro erhöht. Der maximale Stundengewinn wurde auf 500 Euro festgeschrieben. Die Quadratmeterzahl pro Automat wurde reduziert von 15 auf zwölf Quadratmeter. Die Anzahl der zugelassenen Geräte pro Konzession wurde von zehn auf zwölf erhöht. In Gaststätten – auch das sagte Linda bereits – gibt es nicht mehr zwei zugelassene Automaten pro Konzession, sondern mittlerweile drei Automaten. Dies sind alles Indizien dafür, dass man sich seinerzeit seitens der Politik im Jahre 2006 mehr wirtschaftlichen Interessen verschrieben hat und damit die rechtlichen Voraussetzungen für die heutige Situation am Markt geschaffen hat.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Was ist aus meiner Sicht zu tun? Mit der Spielverordnung und dem Glücksspielstaatsvertrag für das staatlich konzessionierte Glücksspiel haben wir aber trotz aller inhaltlichen Mängel, die ich eben aufzeigte, geeignete Grundlagen, mit denen wir auf den deutschen Glücksspielmarkt einwirken können.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Was sagt Linda denn dazu?)

Hier noch ein weiteres Beispiel, das unser Problem verdeutlicht. Laut einer Studie soll der legale Anteil über staatlich lizenzierte Sportwettangebote nur noch 6 Prozent ausmachen. Über 7 Milliarden Euro fließen damit in nicht regulierte ausländische Märkte nur für dieses Segment. Das bedeutet für uns

(Olaf Böttger)

eine konsequente Umsetzung der Verbotsforderung des Glücksspielstaatsvertrags gegenüber privaten Anbietern, inklusive der Internetangebote. Das ist nicht einfach, aber sinnvoll. Wettannahmen ohne gültige Lizenz sind konsequent durch die Ordnungsbehörden zu schließen.

Bei PC-Onlinekasinos, den sogenannten 0900er Nummern, sollten wir konsequent den Geldtransfer blockieren. TV-Kasinos oder Call-in-Gewinnspiele sollten wir konsequent verbieten. Wir sollten auch über Werbeverbote nachdenken. Wenn sich beispielsweise ein berühmter Tennisspieler hinstellt, Werbung macht und sagt, wecke den Spieler in dir, dann finde ich das persönlich nicht mehr lustig.

Vor diesem Hintergrund wollen wir ferner erreichen, dass der Aufenthalt in Spielhallen nicht zu komfortabel gestaltet wird, zum Beispiel durch kostenlose Getränke oder zu lange Öffnungszeiten, speziell unter dem Fokus von Kindern und Jugendlichen. Ferner wollen wir die konsequente Umsetzung des Jugendschutzgesetzes vor Ort. Weiterhin wollen wir prüfen, ob und inwieweit Beratungen und Sperren von Spielsüchtigen, die für Spielbanken schon gelten, auch auf Spielhallen flächendeckend ausgeweitet werden können. Wir wollen auch prüfen – das sprach Linda Heitmann eben schon an –, ob wir nicht mit einer Bundesratsinitiative die Spielverordnung dahingehend ändern können, dass wir zum Schutz der Spieler mehr tun können. Entsprechende technische Identitätskontrollen wären in diesem Zusammenhang ebenfalls wünschenswert.

Planstellenaufstockungen im Hamburger Suchthilfesystem, liebe Frau Artus, klingen immer sehr schön. Aber leider setzen Sie nicht an den Wurzeln an. Das kritisiere ich und deswegen werden wir auch diesen Vorschlag ablehnen.

Man erlebt bei der Umgehung der Spielgeräteverordnung unschöne Dinge; beispielsweise werden Spielautomaten für potenzielle Spieler schon vorgemünzt, also am Abend schon mit Geld aufgefüllt, damit der Spieler gleich das volle Programm durchspielen kann. Mit Automatiktastaturen werden die Leute dazu gebracht, dass sie gleich mehrere Dinge auf einmal bedienen können. Wenn wir weiterhin nicht dafür sorgen, dass in Räumlichkeiten, zu denen Kinder und Jugendliche Zugang haben, nach wie vor mit unerlaubten Spielgeräten gearbeitet wird, dann versäumen wir auf diesem Gebiet etwas.

Ich bin auch der Meinung, dass man die maximale Anzahl der Geldspielgeräte pro Standort beschränken sollte. Wie man das im Einzelnen macht, inwieweit man dies in eine rechtliche Regelung fasst, bleibt einer entsprechenden Initiative vorbehalten. Linda sagte zu Recht, da sei noch viel Musik drin. – Ich bedanke mich für das Zuhören.

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky* GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. Es wurde jetzt sehr viel Richtiges gesagt. Ihr Antrag, Frau Heitmann, geht selbstverständlich völlig in Ordnung. Aber wir sind uns auch sicherlich einig, dass dies nicht alles ist, sondern dass es dann weitergehen wird und muss. Es ist völlig richtig, dort anzusetzen, wo es um Jugendliche geht, die dabei sind, irgendwo hineinrutschen, wo sie besser nicht hineinrutschen sollten. Von daher ist auch der Präventionsansatz der eigentlich Wichtige.

Nur eines, Herr Böttger, fiel mir wieder auf. Ihre drogenfreie Kindheit und Jugend ist eine gute Sache, es gibt sie aber nicht. Es gibt Jugendliche, die in jedem Fall mit allem, was es an Drogen gibt, irgendwann und irgendwie einmal in Berührung kommen und dies auch möchten. Wir müssen es schaffen, sie in die Lage zu versetzen, damit richtig umzugehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Dora Heyenn* DIE LINKE: Richtig!)

Der Ansatz, dass sie nie etwas damit zu tun haben, ist einfach naiv. Es geht nicht, sie probieren es aus, ob es Alkohol ist oder Poker, sie probieren es einfach aus.

(*Dora Heyenn* DIE LINKE: Richtig!)

Deswegen ist es völlig richtig, erst einmal zu sehen, wie es in Punkt 1 des Antrags der LINKEN steht, wie man die Prävention stärkt. Wenn wir im Ausschuss erfahren, dass die Gymnasien am meisten nach den Hilfestellungen nachfragen, dann muss man überlegen, wie man sich an diejenigen wendet, bei denen diese Hilfestellungen noch nicht so nachgefragt wurden, zum Beispiel die Berufsschulen. Dies sollte man verstärken. Es ist genauso richtig zu überlegen, wie man mit technischen Bedingungen die Möglichkeit für Jugendliche einschränkt, Dinge zu tun, die sie nicht tun sollten, zum Beispiel in Spielhallen abzuhängen und dort viel zu viel Geld auszugeben. Deswegen ist die Paysafecard für über und unter 18-Jährige und die Kontrolle, ob jemand über 18 ist, auch völlig richtig. Ebenso stimmt es, dass die Spielhallen das eigentliche Problem sind, aber auch das Internet, weil dort der Zugang zu einfach ist.

Dies ist alles völlig richtig, aber haben Sie bitte nicht die Naivität zu meinen, man könne das Problem völlig abstellen. Das geht nicht, man muss die Jugendlichen in die Lage versetzen, damit richtig umzugehen. Hier finden der Antrag der Grünen und der erste Punkt des Antrags der LINKEN auch

(Dr. Martin Schäfer)

unsere volle Zustimmung, wir werden deswegen auch zustimmen.

Zum zweiten Punkt der LINKEN: Mir würde auch einfallen, wo ich noch Stellen im Suchthilfesystem haben möchte, aber nicht nur in diesem, sondern auch in anderen Bereichen. Darüber nachzudenken sollten wir uns für die Haushaltsberatungen aufheben, dort gehört es hin. Man muss auch sehen, wo auf welche Weise um- und nachgesteuert werden kann. Deswegen möchten wir der Forderung nicht zustimmen, jetzt ad hoc wie aus der Hüfte geschossen zwei Stellen irgendwo zu schaffen, ohne gründlich darüber nachgedacht zu haben, wo sie genau hingehören.

Schade finde ich, dass der dritte Antrag zu diesem Bereich, nämlich der der CDU zu den Spielhallen, nicht einfach dazu gelegt wurde. Wir hätten ihn hier auch debattieren können, dies wäre sinnvoll gewesen, obwohl der Antrag selbst von den dreien am wenigsten sinnvoll ist. Aber dazu morgen mehr.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: * Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Herr Böttger, ich finde Sie immer ziemlich unentspannt bei diesen sucht- und drogenpolitischen Debatten. Das mag damit zu tun haben, dass Sie eine drogenfreie Kindheit und Jugend zum idealen Ziel erhoben haben, aber das ist naiv. Angesichts der Tatsache, dass wir so oft das Thema Sucht und Drogen im Gesundheitsausschuss diskutieren und Sie dort auch als Fachsprecher sind, reden und denken Sie an den Realitäten vorbei. Aber ich freue mich trotzdem, dass Sie zur GAL ein so vertrauliches Verhältnis entwickeln.

Glücksspiel fasziniert die Menschen seit ewigen Zeiten und alle Regulationen, die es durch die Gewerbe- und Spielverordnung gibt, haben bislang nicht ausgereicht, um die Glücksspielsucht einzudämmen, ganz im Gegenteil. Die auch schon von der Kollegin Heitmann erwähnte SCHULBUS-Studie zeigt auf, dass bereits Minderjährige um Geld spielen, obwohl es erst ab 18 Jahren erlaubt ist. Sie sind nicht nur gefährdet, sie sind bereits in hohem Maß betroffen. Meine Fraktion findet daher auch, dass es nicht schaden kann, eine Alterskontrolle einzuführen.

Diese Studie hat aufgezeigt – es ging dort um Computerspiele und Glücksspielsucht im Internet –, dass die Glücksspielproblematik genau in diesem Bereich stattfindet. Genau dort halten sich die Jugendlichen heute auf, am Computer und im World Wide Web. Dort finden die Glücksspiele statt, die Spielhallen sind nicht so aktuell. Also müssen wir uns auf das Internet konzentrieren und

schauen, wie wir da Aufklärung betreiben können und Hilfestellungen geben.

Es ist deswegen überlegenswert, die Paysafecard zu regulieren, wobei es die Cards bereits für über und unter 18-Jährige gibt. Aber wie beim Alkohol oder beim Rauchen, das sagte der Kollege Schäfer bereits, finden Jugendliche immer einen Weg, um zu konsumieren. Daher muss unbedingt bei den Jugendlichen selbst angesetzt werden, über den Weg der Aufklärung und der Hilfestellung.

Hamburg verfügt über ganz gute Einrichtungen. Wir haben zum Beispiel die Glücksspielberatung bei BOJE, die Schuldnerberatung bei der Aktiven Suchthilfe, Spielersprechstunden im UKE und eine Suchtambulanz bei der Asklepios Klinik Nord und im Lukas-Suchthilfezentrum. Es reicht aber deswegen nicht aus, weil es nicht genügt, nur Anlaufstellen zu haben. Deswegen haben wir uns entschieden, diesen Zusatzantrag zu stellen.

Suchtarbeit bedeutet einerseits, die Hürden für den Konsum hoch zu stellen, da sind wir uns einig. Dies ist aber nur bedingt tauglich, das sagt die Lebenserfahrung. Suchtarbeit wirkt aber auch auf die Verkürzung des Konsums hin. Wirksame Hilfe wäre, wenn die Suchtberaterinnen und Suchtberater in alle Hamburger Schulen ab Klasse 7 oder 8 und in ausbildende Betriebe gehen könnten, wenn Lehrerinnen und Lehrer, Ausbilderinnen und Ausbilder, natürlich auch Personalreferenten und Personalreferentinnen in Interventionsgesprächen geschult würden. Sie werden nämlich nicht ausreichend geschult. Hierfür muss Hamburg dringend Geld in die Hand nehmen. Dies wäre erfolgreicher als jede Plakataktion, die derzeit durchgeführt wird.

Die Folgen von Glücksspielsucht kommen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und natürlich auch die Krankenversicherungszahlerinnen weitaus teurer zu stehen als Suchtprävention und Suchthilfe. Verschuldung, das wurde schon erwähnt, kann zu prekären Lebensverhältnissen führen, zu Arbeitslosigkeit und Vereinsamung. Wenn Sie sich fragen, warum Jugendliche ihren Schulabschluss nicht schaffen oder auch in ihrer Ausbildung scheitern, dann können Sie in der exzessiven Teilnahme an Glücksspielen auch einen der Gründe dafür finden. Ein qualitativer und quantitativer Ausbau des Suchthilfesystems wäre deswegen mehr als sinnvoll und ein gesellschaftlicher Beitrag, der dann auf mittlere Sicht viele Kosten reduzieren würde. Kosten, die im Gesundheitssystem anfallen oder Kosten, die durch Sozialhilfeleistungen entstehen. Aber auch die Einnahmeseite würde verbessert werden, weil gesunde Menschen eher einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen können.

Daher haben wir diesen Zusatzantrag gestellt. Im Übrigen bedauere ich es genauso, dass der Spielhallenantrag der CDU nicht diskutiert wird, ich verstehe das überhaupt nicht. Sie, Herr Böttger, sind

(Kersten Artus)

doch selbst auf Ihren eigenen Antrag eingegangen mit der Forderung, die kostenlosen Getränke zu entziehen, um das Umfeld nicht mehr so komfortabel zu gestalten. Warum debattieren wir dieses Thema nicht gemeinsam?

Unser Antrag stellt aus unserer Sicht die richtigen und auch die wirksameren Weichen. Die Expertinnen und Experten müssen an die Jugendlichen und an ihr Umfeld herankommen. Dafür sind die Schulen und auch die Betriebe am besten geeignet, die Betriebe deswegen, weil ein nicht unerheblicher Teil der jungen Glücksspieler Auszubildende sind und einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens dafür aufwenden. Lesen Sie unseren Antrag nach, ich habe es dort extra aufgeführt. Die Schulen müssen natürlich sowieso beteiligt werden. Wir sind hier noch lange nicht bei den Ursachen, aber darüber möchte ich heute nicht reden. Wir wissen nämlich heutzutage, dass es fast immer müßig ist, danach zu forschen. Wer hingegen akzeptiert, dass seit jeher Drogen in der Geschichte der Menschheit konsumiert wurden, der findet auch die besseren Lösungen, Herr Böttger. Wer wie die CDU-Fraktion ein unrealistisches und dogmatisches Ziel hat, nämlich dass Jugendliche drogenfrei leben müssten, tut sich natürlich schwer mit diesem Ansatz akzeptierender Drogenarbeit. Das mag damit zusammenhängen, dass die Debatte darüber in Hamburg jahrelang nicht mehr geführt wurde. Mir scheint aber, dass die Wiederaufnahme dringend erforderlich wäre. Wir werden übrigens unseren Teil dazu beitragen.

Dem Antrag der GAL stimmen wir ebenfalls zu. Wir appellieren dennoch an die Koalitionsfraktionen und auch an die SPD, unserem Antrag ebenfalls zuzustimmen, weil das Geld, das hier ausgegeben würde, mittelfristig wieder hereinkommt. Wir werden das sicher auch in der Haushaltsdebatte diskutieren, aber wir haben uns das Thema im Gesundheitsausschuss wirklich schon sehr intensiv erschlossen. Wir waren uns gemeinsam einig, dass das Suchthilfesystem in Hamburg unzureichend ausgestattet ist.

Wenn Sie heute nicht wissen, woher Sie das Geld dafür nehmen sollen, glaube ich Ihnen das nicht. Es könnte auch auf die nächste Plakataktion verzichtet werden, dann wäre ein Teil des Geldes schon wieder drin.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Die Abgeordnete Frau Gabriele Dobusch hat mir mitgeteilt, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/7059. Die SPD-Fraktion möchte diesen Antrag ziffernweise abstimmen lassen.

Wer die Ziffer 1 des Antrags der Fraktion DIE LINKE annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dies ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer sich der Ziffer 2 des Antrags anschließen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dies ist mit sehr großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wer nun dem Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/6670 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dies ist dann einstimmig so angenommen.

Wir kommen zu Punkt 92 der Tagesordnung, Drucksache 19/6971, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Auf Ankündigungen müssen Taten folgen – Anhebung der Spitzensteuersätze und der Reichensteuer.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Auf Ankündigungen müssen Taten folgen – Anhebung der Spitzensteuersätze und der Reichensteuer
– Drs 19/6971 –]**

Das Wort wird gewünscht von Frau Heyenn. – Sie haben das Wort, bitte schön.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! DIE LINKE hat unter anderem diesen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, weil wir es nicht länger schweigend hinnehmen wollen, dass der schwarz-grüne Senat Versprechungen macht, die hinterher nicht eingehalten werden, oder medienwirksame Ankündigungen abgibt, die nicht einmal ansatzweise umgesetzt werden. Die Regierungserklärung des inzwischen ausgeschiedenen Bürgermeisters Ole von Beust ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Am 16. Juni erklärte er – ich zitiere:

"Gerecht ist es nur, wenn diejenigen, die viel verdienen, auch ihren angemessenen Teil dazu beitragen. Das ist notwendig. Darum werden Sie mich an Ihrer Seite und auch als Streiter dafür haben, im Zuge der Diskussion die Erhöhung des Spitzensteuersatzes um zwei Punkte von 42 Prozent auf 44 Prozent und auch die Erhöhung der sogenannten Reichensteuer [...] von 45 Prozent auf 47 Prozent hinzukriegen. [...] Da müssen wir ran und für eine Mehrheit streiten. Das ist meine Aufgabe und das werde ich tun."

– Zitatende.

(Dora Heyenn)

(Rolf Harlinghausen CDU: Wenn Sie jetzt weiterzitiert, wird die Rede richtig gut!)

Der Bürgermeister gibt nicht als Privatperson eine Regierungserklärung ab, er spricht für den gesamten Senat. Auf Nachfrage hat DIE LINKE fünf Wochen später erfahren, dass diesen vollmundigen Ankündigungen keine Taten gefolgt sind. Sie mögen das normal finden, ich nicht.

Wörtlich heißt es in einer Antwort des Senats in seiner Regierungserklärung vom 16. Juni...

(Jörn Frommann CDU: Wenn das Ihr einziges Problem ist!)

– Das ist ein großes Problem. Es ist traurig, dass es für Sie kein Problem ist, Versprechungen zu machen und nichts einzuhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

In seiner Regierungserklärung vom 16. Juni 2010 hat er seine Absicht bekundet, sich für eine Erhöhung einzusetzen. Konkrete Entscheidungen wurden noch nicht getroffen. Das kommt mir bekannt vor, das hatten wir heute schon einmal. Auf die Frage, ob der Senat die Möglichkeit sieht, im Bundesrat eine Mehrheit für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und für eine Erhöhung der sogenannten Reichensteuer zu erreichen, wurde lapidar vom Senat geantwortet, der Senat vermöge noch nicht abzuschätzen, wie andere Landesregierungen zu einem noch nicht vorliegenden Bundesratsantrag abstimmen würden.

Das schlägt dem Fass den Boden aus, hier zu verkünden, man wolle sich dafür einsetzen und dann nichts zu tun. Das finden Sie ganz normal, wie ich eben gerade hörte.

(Jörn Frommann CDU: Sie haben ja immer noch nicht begriffen, worum es geht!)

Es wäre doch die vornehmlichste Aufgabe des Hamburger Senats gewesen, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, wenn es ernst gemeint ist, was gesagt wurde.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb bringt DIE LINKE jetzt einen entsprechenden Antrag ein. Wir halten uns ausschließlich an das, was der inzwischen ausgeschiedene Bürgermeister hier versprochen hatte. Wir selbst würden noch viel mehr wollen. Wir sind sehr gespannt, wie die schwarz-grüne Koalition unter dem neuen Bürgermeister Ahlhaus sich dazu verhält.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Goldberg.

(Dr. Monika Schaal SPD: Was schert mich mein Geschwätz von gestern!)

Thies Goldberg CDU:* Liebe Frau Heyenn! Ihr Antrag kommt leider ein bisschen zu spät, denn wie Sie wissen, hat sich nicht nur Ole von Beust dafür ausgesprochen, Einkommen höher zu besteuern, sondern auch Peter Müller aus dem Saarland, Kurt Lauck vom Wirtschaftsrat, Herr Busemann aus Niedersachsen ebenfalls und noch einige andere mehr. Es ist längst in der Koalition in Berlin eine Reform der Einkommensteuer auf dem Weg. Das Thema der Verarbeitung der sogenannten Reichensteuer, der Verarbeitung des Solidaritätsbeitrags in einen Gesamt-Progressionstarif, all das ist auf dem Weg. Nur den Spitzensteuersatz anzusteuern,

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

ist ein Zeichen dafür, dass Sie die Komplexität des Einkommensteuerrechts schlichtweg nicht erfasst haben.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das hat Ole von Beust gesagt, nicht ich!)

– Sie unterstellen, die CDU würde nichts machen. Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass die Union zusammen mit dem Koalitionspartner...

(Christiane Schneider DIE LINKE: Dieser Senat!)

– Hören Sie doch erst einmal zu.

Ich habe gesagt, dass die Union zusammen mit dem Koalitionspartner diese Anstöße aufgenommen hat, sie nun überarbeitet und dicht an einer Einkommensteuerreform dran ist. Das heißt, die Initiative, die von Hamburg und anderen Bundesländern ausgegangen ist, ist längst auf dem Weg. Dafür brauchen wir keine Bundesratsinitiative für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Sie greifen einen Teil des Einkommensteuerrechts heraus, ohne die Komplexität überhaupt begriffen zu haben, geschweige denn sie zu adressieren. Das, was Sie machen, ist schlichtweg Stückwerk und stümperhaft.

(Beifall bei der CDU)

Das werden wir nicht mitmachen, das werden wir mit Ihnen nicht einmal diskutieren. Es ist unsinnig, einen Teilaspekt zu behandeln.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das hat Ole von Beust gemacht, nicht ich!)

Wenn man darüber redet, dann müssen Sie über die Themen Bemessungsgrundlage, Progressionszone 1 und 2 und über den Solidaritätszuschlag sprechen, ebenso über die ganzen Ausnahmefälle. Das gehört alles zu einer Reform des Einkommensteuerrechts hinzu. Mit einem Einzelaspekt allein kann man nichts erreichen. Insbesondere zusammen mit dem Thema "Kalte Progression" treffen Sie nicht die von Ihnen genannten

(Thies Goldberg)

Reichen, sondern den gesamten Mittelstand, wenn Sie das tun, was Sie gerade vorschlagen.

Was immer Sie zitieren, Sie ignorieren, dass in der Koalition in Berlin das Thema Einkommensteuerreform längst auf den Weg gebracht ist. Dafür bedarf es keines Teilaspektes einer Bundesratsinitiative. Das ist zu kurz gesprungen und es ist im Grunde genommen nur eine kleine populistische Maßnahme, die Sie auf den Weg bringen wollen. Es ist albern, was Sie da machen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich gehört eine Erhöhung der Besteuerung hoher Einkommen eingebettet in ein Gesamtkonzept zur Steuerreform und nicht isoliert betrachtet.

In der Präambel Ihres Antrags stellen Sie einmal wieder darauf ab, es gehe nur über eine Einnahmenerhöhung. Es geht auch um Einnahmenerhöhung, aber nicht nur. Ich würde es begrüßen, wenn Sie sich, anstatt sich an solchen Themen fachlich sicherlich unter Ihren Möglichkeiten abzuarbeiten, lieber um die Hamburger Problemstellungen kümmern würden, die wir vorrangig zu behandeln haben. Dazu gehört vor allen Dingen das Thema Haushaltskonsolidierung. Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu einmal Vorschläge brächten. Dazu haben wir von Ihnen noch gar nichts gehört. Wenn Sie wollen, was richtig ist, dass wir in Hamburg höhere Steuereinnahmen haben, dann sollten Sie mit uns überlegen, welche Maßnahmen wir zur Stärkung der regionalen Wirtschaft ergreifen können, damit die Wirtschaft vor Ort wieder Gewinne erwirtschaftet, damit die Attraktivität zur Eigenkapitalgewinnung da ist, damit Investitions- und Innovationskraft da ist, damit sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden und Löhne, Gehälter und Gewinnausschüttungen in Hamburg besteuert werden können. Das ist das Interessante und nicht solche Teilaspekte, wie Sie sie herausgreifen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Tschentscher hat das Wort.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Goldberg, das kommt jetzt etwas unerwartet, dass Sie sagen, was die Linksfraktion fordere, sei ein ganz kleines Element und nicht ganzheitlich genug. Die Linksfraktion ist durchaus ein Schelm an dieser Stelle. Sie hat nämlich ganz präzise das aufgeschrieben, was uns der Bürgermeister in seiner Regierungserklärung vor einigen Wochen gesagt hat.

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Und da war nicht davon die Rede, dass das nicht ganzheitlich genug sei und man hier populistisch sei, sondern der Bürgermeister – ich will das nicht

noch einmal vorlesen – hat genau das als Senatsposition angekündigt, was die Linksfraktion jetzt zur Beschlussfassung empfiehlt.

Frau Heyenn, für diesen Antrag geben wir Ihnen gerne die Stimmen der SPD-Fraktion, denn wir müssen zur Sanierung des angeschlagenen Haushalts die Einnahmen verbessern, indem wir die hohen Einkommen und Vermögen stärker zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranziehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dazu gehört eben neben der Vermögensteuer auch der Spitzensteuersatz. Die meisten Vermögenden sind auch bereit, sich stärker zu beteiligen. Das lesen wir gelegentlich in Zeitungen und das hört man auch von Steuerberatern, die dieses über viele ihrer Mandanten berichten. Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes um 2 Prozentpunkte ist eigentlich ein sehr bescheidener Ansatz, aber es ist eben der Betrag, den selbst Bürgermeister von Beust in seiner Regierungserklärung am 16. Juni eingeräumt hat. Mich erinnert das ein bisschen daran, dass auch Finanzsenator Freytag vor seinem Rücktritt einen Ausgleich für 600 Millionen Euro Steuerausfälle durch die Bundesregierung angekündigt hat. Dann ist er zurückgetreten und heute kann sich im Senat niemand mehr so richtig an diese Zusage erinnern.

Meine Damen und Herren von CDU und GAL, so geht es eigentlich nicht, dass man sich in kritischen Phasen weit aus dem Fenster lehnt und hinterher beleidigt ist, wenn eine Fraktion hier im Parlament darauf zurückkommt. Wir finden es deshalb richtig, dass man die Erhöhung der Steuersätze für Spitzenverdiener durch einen Beschluss der Bürgerschaft absichert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dass CDU und FDP in Berlin unterwegs sind, das macht uns gerade nachdenklich und skeptisch,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig, genau!)

denn es kommt darauf an, wohin sie unterwegs sind. Da wäre es uns schon wichtig, dass wir in Hamburg als Parlament sagen, das Ziel müsse sein, die Spitzenverdiener stärker heranzuziehen, und deswegen unterstützen wir den Beschluss, den die Linksfraktion heute beantragt hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Kerstan hat das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Heyenn hat richtig aus einer Regierungserklärung des Bürgermeisters vom 16. Juni 2010 vorgelesen. Das ist sage und schreibe zwei Monate her. In der Zwischenzeit hatten wir

(Jens Kerstan)

sechs Wochen Parlamentsferien, da sind so Kleinigkeiten passiert wie etwa, dass ein zentrales Vorhaben der Regierung, eine Schulreform, durch einen Volksentscheid gestoppt wurde, ein Bürgermeister zurückgetreten wurde...

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

... zurückgetreten ist und eine Frage diese Stadt beherrscht hat – auch uns als Grüne, aber auch die CDU-Fraktion –, ob diese Koalition fortgesetzt wird oder nicht. Sie verkünden jetzt mit großem Bohei, der eigentliche Skandal sei, dass auf diese Regierungserklärung des Senats hin noch nichts passiert sei. Ich möchte überhaupt nicht bestreiten, dass das ein wichtiges Thema ist, aber dass das im Moment nicht die entscheidende Frage war, die diese Stadt, diese Koalition und auch die Politik bewegt hat, das werden Sie uns vielleicht auch zugestehen. Lassen Sie insofern doch die Kirche im Dorf.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Position, die der Bürgermeister in seiner Regierungserklärung vertreten hat, ist 1:1 die Position, die die Grünen schon immer vertreten haben, und wir haben uns über diese Aussage deutlich gefreut. Jetzt ist in der Zwischenzeit aber etwas passiert. Es gibt einen neuen Bürgermeister,

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Und was sagt der?)

es gibt auch einen neuen Wirtschaftssenator und natürlich ist das ein Thema, das bisher im Senat nicht weiter besprochen wurde.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das wird doch 1:1 mit Punkt und Komma umgesetzt!)

1:1 wird der Koalitionsvertrag umgesetzt, in dem diese Äußerung nicht drinsteht, Herr Dressel.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach ja, das stand ja nicht im Koalitionsvertrag!)

Wenn man Politik machen will und nicht nur Symbolanträge stellt, sondern wirklich die Realität verändern will, dann muss man manchmal auch genau und präzise sein, Herr Dressel. Das ist in der Opposition nicht so notwendig,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

aber wenn man etwas erreichen will, dann braucht man das schon.

In der Tat ist es so, dass wir jetzt Gespräche führen müssen, was denn aus dieser Meinungsäußerung des Bürgermeisters, der nicht mehr im Amt ist, wird und was der neue davon hält. Das werden wir in den nächsten Wochen machen.

Letztendlich ist es bei unserem schwarz-grünen Bündnis so, dass es dieses nicht gäbe, wenn bestimmte Themen hier in Hamburg entschieden

werden müssten. Dazu zählt mit Sicherheit die Atompolitik, die morgen ein Thema ist, und dazu zählt auch die Bundespolitik bei Steuern im Bund.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dressel zu?

Jens Kerstan (fortfahrend): Ich möchte jetzt erst einmal meine Ausführungen zu Ende bringen, er kann sich gleich noch einmal melden.

Natürlich gehört auch die Frage der Steuerpolitik dazu. Man sieht, dass die Bundesregierung dort sehr energisch im Streit verfangen ist. Aber solche Bündnisse von so unterschiedlichen Partnern wie CDU und GAL führen durchaus dazu, dass sich Meinungsprozesse entwickeln. Da sind die einen weiter und die anderen noch nicht so weit und wir sind da interessiert. Der Bürgermeister war schon sehr weit und wir hören uns jetzt einmal an, wie weit der neue Senat, seine neuen Mitglieder und die CDU-Fraktion sind.

Aber eines möchte ich doch noch einmal deutlich unterstreichen, Frau Heyenn. Das ist natürlich ein Antrag, der symbolträchtig ist, das will ich gar nicht leugnen. Zur Politik gehören auch Symbole dazu. Aber ein solcher Antrag würde natürlich überhaupt nicht dazu führen, dass in der jetzigen Situation bei den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag und im Bundesrat diese 85 Millionen Euro fließen würden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das war ein CDU-Bürgermeister!)

Das ist im Moment nicht zu erwarten, wenn man sich anschaut, wie die Mehrheiten im Bundesrat sind, selbst wenn Hamburg eine solche Initiative starten würde. Insofern reden wir jetzt über ein sehr symbolträchtiges Thema, das in der Realität wahrscheinlich nicht viel ändern wird.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das wusste Ole von Beust doch!)

Vielleicht verzeihen Sie mir, dass in der jetzigen Situation, wo wir 500 Millionen Euro einsparen müssen, unser Fokus nicht unbedingt auf die Symbolthemen gerichtet ist, die nichts bewirken und eher Bekenntnisse sind, sondern dass wir an sehr realen Fragen dran sind.

Ich habe mich gefreut, dass es in dieser Koalition ganz offenkundig Bewegung gibt bei einer Frage, die die Einnahmesituation der Stadt wirklich sehr schnell ändern kann, nämlich bei der Frage des Steuervollzugs und auch wie stark und wie streng geprüft wird. Dazu hat es bisher durchaus unterschiedliche Positionen in diesem Haus gegeben, auch in der Koalition. Wir haben mit mehr als 50 zusätzlichen Auszubildenden in zwei Jahrgängen in der Steuerverwaltung dort gemeinsam einen

(Jens Kerstan)

kleinen Schritt vorwärts gemacht. Wenn wir jetzt darüber reden, 500 Millionen Euro im Betriebshaushalt einzusparen, dann wird das nur gehen, wenn man den Bürgerinnen und Bürgern deutlich macht, dass Steuern, die zu entrichten sind, auch energisch eingetrieben werden. Ich kann Ihnen da im Moment noch nichts Konkretes sagen, aber ich bin relativ zuversichtlich, dass wir in dem Bereich vorankommen werden und damit auch die Steuereinnahmen in Hamburg erhöhen werden. Das ist kein Symbolthema, aber – Frau Heyenn, wenn Sie erlauben – ich habe es in den letzten Wochen wichtiger gefunden, mich darum zu kümmern, als hier schöne Fensterreden zu halten

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ole von Beust hat Fensterreden gehalten!)

und symbolträchtige Anträge zu stellen, die in der Realität nichts ändern werden. Letztendlich messen wir uns an unseren Taten in dem Bereich,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau!)

da mag vielleicht eine solche Initiative dazugehören. Wichtiger ist, dass man beim Steuervollzug auch wirklich etwas verändert, und da sind Sie einfach jetzt ein bisschen früh mit Ihrem Antrag, meine Damen und Herren. Der neue Bürgermeister ist erst ein paar Stunden im Amt, insofern werden wir darüber noch reden können.

Ich habe einmal bei einem ähnlichen Thema – da ging es auch um Steuern – vorgerechnet, dass Sie, seit wir regieren, seit Mai 2008, alle drei Monate solche Anträge stellen. Insofern muss man diesen Antrag nun nicht überweisen, da Sie ihn in ein paar Monaten mit Sicherheit, egal was wir tun werden, noch einmal stellen werden.

(Beifall bei Jörg Hamann CDU)

Dann können wir noch einmal darüber reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Bischoff hat das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, das ist doch ein ziemlich starkes Stück, was Sie da machen. Sie haben noch einmal bestätigt, dass hier offensichtlich jeder eine Regierungserklärung abgeben kann. Wenn der Bürgermeister im Juni außer der Reihe eine Regierungserklärung vorträgt – und da ist es um etwas gegangen –, dann gibt er doch nicht seine Privatmeinung wieder.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn dem so ist, dann ist das offensichtlich bei Ihnen in der Koalition nicht besprochen worden. Dann haben wir natürlich heute das Ergebnis, dass Sie sagen, Sie seien davon überrascht und wollten

nun einmal schauen, was jetzt unter der neuen Konstellation herauskomme. Wenn Sie uns Symbolpolitik vorwerfen, dann wäre es wenigstens korrekt gewesen zu sagen, der damals amtierende Bürgermeister habe sich hier hingestellt und zu einer schwierigen Situation gesprochen, aber es sei nichts dahinter gewesen, sondern nur heiße Luft gewesen; das war Symbolpolitik.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Herr Goldberg ist wie immer eine Kategorie für sich. Für das, was er jetzt wieder abgezogen hat, bekommt er wahrscheinlich fraktionsintern einen Preis für die Beschimpfung anderer Redner, denn etwas anderes war das nicht, und es war schlecht, Herr Goldberg. Sie waren schon zehnmal besser bei der Beschuldigung anderer Redner.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – Thies Goldberg CDU: Sie haben wieder einmal nicht richtig zugehört!)

Sie haben es elegant vermieden, auch nur ansatzweise im Kontext auf die Äußerungen Ihres Bürgermeisters einzugehen;

(Thies Goldberg CDU: Vielen Dank für das Lob!)

das möchte ich an der Stelle noch einmal in Erinnerung bringen. Es gab die Formel von der kreativen Buchführung, dass man auf einmal mitbekommen habe, dass sich Hamburg in einer ernsten Situation befinde, dass man strukturell 560 Millionen Euro einsparen müsse und es für den nächsten Doppelhaushalt ganz grausam werde. Heute ist schon mehrfach zitiert worden, man müsse zwischen Notwendigem und Wünschenswertem abwägen. Das heißt aber doch nur, dass Sie vorher nicht gemacht haben. Sie haben vorher die Gelder für Wünschenswertes einfach ausgegeben. Das ist doch auch starker Tobak.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Jens Kerstan GAL: Das machen Sie nie, nicht?)

Ich weiß, dass Sie durch nichts zu erschüttern sind. Deswegen möchte ich in dem Zusammenhang noch einmal zitieren:

"Gerecht heißt: Wer mehr hat, muss auch mehr zu den Einsparungen beitragen. Im Zusammenhang mit dem Haushalt muss man auch über die Einnahmesituation sprechen."

Das hat Herr Goldberg gerade in Abrede gestellt. Wir müssen auch auf Bundesebene über den Zusammenhang von Kürzungen, Umschichtungen und Verbesserungen der Einnahmesituation sprechen.

(Thies Goldberg CDU: Daran merkt man, dass Sie nicht zugehört haben!)

(Dr. Joachim Bischoff)

Wenn wir in Hamburg diese Operation schultern wollen, und zwar nicht so, wie es sich jetzt abzeichnet, dann muss das auch für Hamburg gelten. Es muss ein Zusammenhang hergestellt werden zwischen Einnahmen, Umschichtung und Verzicht auf irgendwelche Projekte, die man nicht mehr bezahlen kann und die wahrscheinlich immer schon Unfug waren. Das ist der innere Zusammenhang.

(Thies Goldberg CDU: Qualifizieren Sie doch einmal Ihre Vorschläge oder opponieren Sie nur?)

– Ich gebe jedem Recht, der mich in der Sache überzeugt. Ich weiß, dass Sie noch nicht einmal zuhören können, geschweige denn haben Sie die Rede Ihres Bürgermeisters gelesen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es geht um Akzeptanz und das ist die Aufgabe, die sich uns auch stellt. Das mag Sie vielleicht nicht interessieren, aber die Opposition sieht das so. Was wir mit den Haushaltsberatungen vor uns haben, ist auch eine Frage politischer Akzeptanz im Land und in der Stadt. Entscheidend ist eben, wie Ole von Beust gesagt hat, dass die Sache ausgewogen ist, und die Kritik war, dass er dem größeren Teil seiner eigenen Bundesregierung attestiert hat, was da als Sparpaket in Berlin auf den Weg gebracht worden ist, sei eben nicht ausgewogen.

(Zuruf von Thies Goldberg CDU)

Deswegen kam diese Initiative zustande, von der jetzt Herr Goldberg sagt, in den Hinterzimmern werde irgendetwas ausgekocht. Das ist der Punkt, um den es geht. Wir werden, Herr Kerstan, auf diese Frage zurückkommen.

(Jens Kerstan GAL: Das weiß ich nicht!)

Nun zu Ihrem sozusagen silbernen Argument, Sie hätten so viel mit anderen Sachen zu tun gehabt. Wir haben schon zur Kenntnis genommen, dass in den letzten Wochen bei den Verhandlungen in dieser Koalition der Doppelhaushalt und die Sparpolitik mit ihren Kürzungen keine Rolle gespielt haben, jedenfalls nicht in der Öffentlichkeit.

(Jens Kerstan GAL: Was?)

Wir wollen gar nichts anderes einfordern, als Sie noch einmal auf diesen Punkt hinzuweisen. Bei den Haushaltsberatungen oder am 15. September bei der Regierungserklärung wollen wir hierzu etwas hören und nicht wieder eine Symbolpolitik präsentiert bekommen. Wir wollen wissen, wie die Kürzungen, die Sie sich vorstellen, und die Verbesserung der Einnahmesituation in einen Zusammenhang gestellt werden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/6971 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich stelle jetzt das Ende dieses Sitzungstages fest und wünsche Ihnen allen einen schönen Nachhauseweg.

Ende: 18.49 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Es waren in dieser Sitzung alle Abgeordneten anwesend.